Telegamm-Adresse:
Correspondent Merseburg.
Fernsprecher Nr. 324.

Merseburger Correspondent.

Schriftleitung
und Geschäftsstelle
Oelgrube 9.

Bezugspreis vierteljährl. 1 Mk., monatl. 35 Pf. bei Abholung von unsern Ausgabestellen; bei Zustellung ins Haus durch unsere Austräger in der Stadt und auf dem Lande außerdem Botenlohn; durch die Post 1,20 Mk. außer 42 Pf. Bestellgeld. — Das Blatt erscheint wöchentlich 6 mal nur an den Werktagen nachmittags. — Nachdruck unserer Originalmeldungen ist nur mit deutlicher Quellenangabe gestattet. — Für Rückgabe unverlangter Einsendungen übernehmen wir keine Verbindlichkeit.

Wöchentliche Gratisbeilagen: 8seitig. illustr. Unterhaltungsblatt m. neuest. Romanen und Novellen. 4seit. landwirtsch. u. Handelsbeil. mit neuesten Marktnotierungen.

Anzeigenpreis für die einsp. Petitzeile oder deren Raum für Merseburg und nähere Umgebung 10 Pf., kleinste Anzeigen 25 Pf., auswärtige pro Zeile 20 Pf., im Reklameteil 30 Pf. Bei kompliziertem Satz entsprechender Aufschlag. Gebühr für Extrabeilagen nach Übereinkunft. Für Nachweisungen und Offertenannahme besondere Berechnung, nach auswärts mit Portozuschlag. Erfüllungsort Merseburg. Annahmezeit für größere Geschäfts-Anzeigen nur am Tage vorher, kleinere Anzeigen bis spätestens 9 Uhr, Familienanzeigen bis 10 Uhr vormittags.

№ 9. Mittwoch den 12. Januar 1910. 36. Jahrg.

Zur Landtags-Eröffnung.

Wassergesetz, Fischereigesetz, Wohnungsgesetz, Fideikommißgesetz, Leichenverbrennungsgesetz — diese und manche anderen schönen Dinge, die dem kommenden Landtage in mehr oder minder sichere Aussicht gestellt waren, werden ihm anscheinend nicht zugehen; sie sind für den Augenblick versunken und vergessen. Aber es trauert ihnen auch kein Mensch nach. Denn für den Augenblick richten sich alle Blicke, konzentrieren sich alle Interessen auf die Vorlage, die der Landtag unter allen Umständen erhalten wird — die Vorlage wegen der Wahlrechtsreform. Die Wahlrechtsfrage ist die Losung des Tages und wird sie noch auf lange hinaus bleiben. Sie drückt alle anderen Probleme in den Hintergrund, steht im Mittelpunkt der gesamten inneren Politik auch der des Reiches, und zieht mit elementarer Gewalt die Blicke und die Geister auf sich.

In der Tat: Mit elementarer Gewalt. Es gibt nichts Törichteres als die Annahme, daß es lediglich am Fürsten Bülow und seinem rein taktischen Vorgehen gelegen habe, wenn jetzt der große Kampf um das preußische Wahlrecht entbrannt sei. Hier handelt es sich vielmehr um eine jener geschichtlichen Erscheinungen, die weit außerhalb und oberhalb jener Taktik liegen und ihre Quellen in tiefer liegenden Vorgängen in der Seele des Volkes haben. Eine Frage schlummert jahre- und jahrzehntelang, läßt sich auch durch theoretische Erörterungen, Anregungen und Anträge nicht in Fluß bringen, bis dann ihre Zeit gekommen ist und sie unwiderstehlich nach der Lösung drängt. Daß die Wahlrechtsfrage von dieser Art ist, daß sie nicht mehr zur Ruhe gelangen wird, bevor eine Lösung gefunden ist, und daß deshalb von ihrer Lösung der Friede unseres Volkes und die ruhige Fortentwicklung unseres Staates abhängt — das ist eine Empfindung, die allmählich wohl allenthalben geteilt wird. Daraus ergibt sich aber die erneute Mahnung an alle, die bei dem Werke beteiligt sind, sich nicht mit kleinen und kleinlichen Maßnahmen zu begnügen, sondern ganze Arbeit zu machen. Das Problem der Neugestaltung des preußischen Wahlrechts erheischt, wie auch die nationalliberalen Blätter hervorheben, eine gründliche entschiedene und klare Lösung; jeder Versuch, sich um eine solche herumzudrücken und sich mit dekorativen Maßnahmen, der Ausmerzung von bloßen Schönheitsfehlern und anderen Schwächlichkeiten abzufinden, müßte nicht nur scheitern, sondern die bedenklichsten Folgen für die Gesamtheit unserer politischen Verhältnisse nach sich ziehen. Es wäre sehr wünschenswert, wenn bereits die Staatsregierung bei der Einbringung der Vorlage diese Gesichtspunkte berücksichtigen wollte. Im übrigen hat es wenig Zweck, über ihren Inhalt sich den Kopf zu zerbrechen, da die Nachrichten, die hierüber in die Öffentlichkeit dringen, keinen Anspruch auf Zuverlässigkeit haben.

Außer der Wahlrechtsvorlage nennt man noch einige andere Entwürfe, die das Abgeordnetenhaus in der nächsten Session beschäftigen sollen; einen Gesetzentwurf über die Reisekosten der Beamten, einen solchen über den Schutz von Naturdenkmälern, einen anderen zur Bekämpfung von Mißständen im Losehandel, eine Wegeordnung für Ostpreußen. Das ist nicht übermäßig aufregend und wird, wenn es kommt, höchstens auf technische, nicht auf politische Schwierigkeiten stoßen. Dagegen wird es an diesen nicht mangeln bei der Erörterung, die den preußischen Finanzen gewidmet werden muß. Es kann schon jetzt als sicher gelten, daß wir mit einem Defizit von etwa 100 Millionen Mark zu rechnen haben. Die im vorigen Jahre beschlossenen Steuerzuschläge haben uns davor nicht behüten können. Was soll nun werden? Soll auch Preußen gleich dem Reiche in eine Anleihewirtschaft hineinkommen? Oder soll man nicht vielleicht lieber versuchen, zu einer organischen Neuordnung zu gelangen? Jene Steuerzuschläge sind ohnedies nur als vorübergehende Maßregeln gedacht und bewilligt worden. Über kurz oder lang muß man also, wenn nicht ein ungeahnter Goldregen sich über uns ergießen sollte, ohnedies zu einem gründlichen Vorgehen sich entschließen. Die Neuaufstellung des Eisenbahnetats, die in der letzten Session durch eine Resolution der Regierung nahegelegt und von ihr akzeptiert worden ist, wird wohl bereits bei diesem Etat in Anwendung gebracht werden; aber sie kann nur Klarheit, nicht Geld schaffen. So steht also auch Preußen vor der Frage einer Finanzreform. Ob außerdem noch das lange vorbereitete Parzellierungsgesetz in dieser oder jener Form — auf die Ostmarken beschränkt oder für die Monarchie umgearbeitet — die Landboten beschäftigen wird, steht noch dahin. An reicher und bedeutsamer Arbeit aber wird es ihm jedenfalls nicht fehlen.

Tafts Sonderbotschaft an den nordamerikanischen Kongreß

ist nunmehr auch herausgekommen. Der Inhalt bietet denjenigen eine große Enttäuschung, die von Taft eine energische Fortsetzung der Rooseveltschen Antitrustpolitik erwartet hatten. Namentlich die Eisenbahnkönige, gegen die Taft angeblich einen vernichtenden Schlag planen sollte, haben allen Grund, mit der Botschaft zufrieden zu sein. Die Sonderbotschaft des Präsidenten Taft an den Kongreß empfiehlt die Schaffung eines Handelsgerichtshofes für die Vereinigten Staaten (United States Court of Commerce) zur Behandlung aller Eisenbahnstreitsachen, die sich aus Verfügungen der zwischenstaatlichen Handelskommission ergeben. Taft erklärt, die Notwendigkeit eines solchen Gerichtshofes sei durch die Jahresberichte der zwischenstaatlichen Handelskommission erwiesen, in denen festgestellt wird, daß die Wirksamkeit des zwischenstaatlichen Handelsgesetzes durch die Verzögerungen beeinträchtigt wird, welche mit der gegenwärtigen Methode der Eisenbahnen, an irgend ein Bundeskreisgericht zu appellieren, verbunden sind. Der in Aussicht genommene Gerichtshof soll aus fünf hierzu ernannten Richtern der Bundeskreisgerichte bestehen, gegen seine Entscheidungen soll nur noch der Oberste Gerichtshof der Vereinigten Staaten angerufen werden können. In der Botschaft wird ferner der Ansicht Ausdruck gegeben, daß gegen Tarifabmachungen zwischen den Eisenbahnen nichts einzuwenden sei. Präsident Taft schlägt ferner vor, der zwischenstaatlichen Handelskommission die Befugnis zu geben, Klagen gegen eine unbillige Klassifizierung der zu befördernden Waren einzubringen, die Tarife festzusetzen, sobald die Klage eingebracht ist, und die betreffenden unbilligen Klassifizierungen wieder gut zu machen. Die Kommission soll weiter das Recht erhalten, aufzuschieben, zu verändern und ungültig zu erklären solche Veränderungen der Tarife oder anderweitiger Transportbestimmungen, welche den Reedern eine ungebührliche Belastung auferlegen. Die Kommission soll ferner den zwischenstaatlichen Eisenbahnen verbieten, Aktien von Konkurrenzbahnen zu erwerben, und neue Aktien oder Bonds auszugeben, außer mit Genehmigung der zwischenstaatlichen Handelskommission. Überdies dürfen Aktien nicht unter pari und Bonds nicht unter dem mittleren Marktwerte ausgegeben werden. Ein schwerer Nachteil würde sich infolge des plötzlichen Umsturzes der gegenwärtigen Lage ergeben, wonach die Eisenbahnen durch den Besitz der Aktien von Konkurrenzlinien über diese die Kontrolle ausüben, und zwar nicht allein für die betroffenen Korporationen, sondern auch für die große, die Aktien besitzende Öffentlichkeit. Um diesem Nachteil vorzubeugen, empfiehlt Taft zum Schutz der Minorität der Aktienbesitzer, daß das Verbot des Erwerbs von Aktien oder der Verpachtung von Grundeigentum an konkurrierende Linien verbunden werden soll mit der Bestimmung, daß das genannte Verbot nicht die Wirksamkeit haben soll, irgend eine Korporation, welche zur Zeit des Erlasses eines solchen Gesetzes nicht weniger als die Hälfte des ganzen ausgegebenen und des ausstehenden Aktienkapitals irgend einer anderen Eisenbahn besitzt, daran zu hindern, das Ganze oder den Rest der Aktien zu erwerben. Ferner sollen Eisenbahnen, welche bei Inkrafttreten des Gesetzes die Bahn irgend einer anderen Gesellschaft auf Grund eines auf mindestens 25 Jahre abgeschlossenen Pachtvertrages betreiben, nicht durch das Gesetz behindert werden, das Eigentum an der verpachteten Bahn, wenn sie die Antwartschaft darauf besitzen, zu erwerben.

Die Botschaft empfiehlt ferner eine Ausdehnung der Haftpflicht der Unternehmer, um Schadenersatzprozesse geschädigter Angestellter zu erleichtern. In bezug auf das Antitrustgesetz erwägt die Botschaft eine gerichtliche Untersuchung der Geschichte, der Organisation und der Zwecke solcher Industriegesellschaften, die im Verdacht stehen, das Antitrustgesetz zu verletzen. Da es aber das zu der gegenwärtig günstigen Lage gehegte Vertrauen stören würde, wenn viele Unschuldige für die Fehler der wenigen Schuldigen leiden, schlägt Taft eine Federa Charter vor, wonach die kommerziellen Vereinigungen in die Lage gesetzt werden, aus eigenem Antrieb den Charakter ihrer Organisationen zu ändern und ihr Geschäft dem Rahmen des Gesetzes anzupassen. Das Gesetz selbst soll Vorsorge treffen gegen bloß nominelle Erhöhungen des Aktienkapitals und soll von den Korporationen vollständige periodische Berichte über ihre Operationen fordern. Diesen Korporationen soll es auch verboten werden, Aktien anderer Korporationen zu besitzen, von Ausnahmen abgesehen, die aus besonderen Gründen durch eine eigene Bundesbehörde gebilligt sein müssen.

Von der Botschaft bis zum Zustandekommen eines Gesetzes im Kongreß ist auch noch ein weiter Weg. Wahrlich, die Trusts können mit ihrem Taft zufrieden sein, der tut ihnen nichts.

Die Wahlrechtsvorlage der Regierung

wird nach der „Tägl. Rundsch." in der Thronrede zur Eröffnung des preußischen Landtags in ihren wesentlichsten Bestandteilen skizziert werden. Die Zugeständnisse seien mit der Einführung der direkten Wahl und einer bedingten Verbindung von Dreiklassen- und Pluralwahlsystem im wesentlichen erschöpft. Nach dem Wunsche des preußischen Ministerpräsidenten wird die Einbringung der Vorlage selbst so weit beschleunigt werden, daß sie noch in den ersten vier Wochen der neuen Session an den Landtag gelangt.

*

Über die preußische Wahlreformvorlage äußert sich das Organ des Verbandes der Windthorstbunde folgendermaßen:

„Das Zentrum wird an annehmbaren Verbesserungen des geltenden Wahlrechts mitarbeiten. Mit ziemlicher Bestimmtheit kann aber vorausgesagt werden, daß es für die jetzt angekündigte Vorlage nicht zu haben sein wird. Was die Vorlage bringen dürfte, nämlich das Pluralwahlrecht, hat die Zentrumspartei stets ... abgelehnt. Eine wirkliche Verbesserung wäre die Einführung der geheimen oder der direkten Wahl gewesen; sie hätte sich trotz der Beibehaltung des Klassensystems erwägen lassen. Kann man aber vom Zentrum erwarten, daß es an der Umwandlung des veralteten Klassensystems in ein ganz unerwünschtes Pluralwahlsystem mitwirkt, ohne daß seine Reformforderungen irgendwie berücksichtigt werden?"

Über die Haltung des Zentrums betreffs einer Neueinteilung der Wahlkreise schreibt das Organ der Windthorstbunde nichts; wahrscheinlich, weil sich die Vertreter des Zentrums im Abgeordnetenhause schon wiederholt mit aller Deutlichkeit gegen eine Neueinteilung ausgesprochen haben.

Zur Einigung der Liberalen.

Der weitere Ausschuß der Deutschen Volkspartei beriet am Sonnabend in Stuttgart unter dem Vorsitz des Abgeordneten Heimburger in

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319100112-11/fragment/page=0001

vierstündiger Verhandlung den Entwurf des Einigungsprogramms und des Organisationsstatuts. Sämtliche einzelnen Bestimmungen wurden nach eingehender Erörterung einstimmig gebilligt. Es wurde, nach der „Frankf. Ztg.“, beschlossen, dem Parteitag die Annahme des Programms und des Statuts zu empfehlen und ihm mitzuteilen, daß der Ausschuß die Anregung zu einigen Ergänzungen den beiden andern Parteien gegeben hat, ohne von deren Annahme die Zustimmung zu Programm und Statut abhängig zu machen. Der außerordentliche Parteitag soll auf den 20. Februar nach Stuttgart berufen werden. Dem Abgeordneten Payer wurde der besondere Dank des Ausschusses ausgesprochen.

In dem Freisinnigen Volksverein Bamberg referierte am Freitag Abg. Manz (Frs. Volksp.) ausführlich über den Zusammenschluß der drei linksliberalen Parteien und schilderte eingehend das Programm der neuen Partei. Er befürwortete schon aus taktischen Gründen die Einigung auf der Grundlage des neuen Programms auch in Bayern und speziell in Bamberg, und schloß mit dem Wunsche, daß sich auch in Bamberg eine starke Gruppe dieser neuen Parteiorganisation bilden möge. Redner erntete reichen Beifall. Nach einer äußerst lebhaften Diskussion, an der sich insbesondere die Herren Justizräte Rollauf und Trautner, Rechtsanwalt Höflein und Fabrikant Mahler beteiligten, wurde, nach dem „Fränk. Kur.“, folgende Resolution einstimmig angenommen: „Der Freie Volksverein begrüßt die beabsichtigte Vereinigung der linksliberalen Parteien und erwartet von derselben einen erhöhten Einfluß auf die berechtigte Stärkung des freigesinnten Bürgertums und insbesondere einen erhöhten Einfluß des freigesinnten Bürgertums auf die gesamten öffentlichen Angelegenheiten.“

In Oberstein hat eine Versammlung der Vertrauensmänner der Freisinnigen Volkspartei und der Liberalen Vereinigung im Fürstentum Birkenfeld einstimmig am Sonnabend eine Resolution angenommen, in der die Einigung der drei liberalen Parteien auf Grund des Einigungsprogramms begrüßt und an die Geschäftsführenden Vorstände der drei Parteien die dringende Aufforderung gerichtet wird, diese Verschmelzung möglichst zu beschleunigen.

Politische Uebersicht.

Oesterreich-Ungarn. Infolge der in der letzten Zeit hervorgetretenen Unzufriedenheit der Deutschen Böhmens mit ihrer politischen Führung fand am Sonnabend in Prag zum Zweck einer Aussprache über die politische Lage eine große Versammlung statt, an der sämtliche deutsche Reichsrats- und Landtagsabgeordneten Böhmens sowie Vertrauensmänner und Vertreter der Presse Deutsch-Böhmens teilnahmen. Graf Erwin Nostiz gab im Laufe der Verhandlungen die Erklärung ab, daß der deutsche Hochadel an der bisherigen Politik der deutsch-bürgerlichen Parteien festhalte, nicht aus innerpolitischen Gründen, sondern im Hinblick auf die Macht und das Ansehen Oesterreichs nach außen. Ein anderer Bericht lautet: Der heutige deutsche Abgeordneten- und Vertrauensmännertag war außerordentlich zahlreich besucht. Abg. Dr. Sylvester überbrachte die Grüße der alpenländischen deutschen Abgeordneten und versicherte, die deutschen alpenländischen Abgeordneten hielten treu an der Gemeinbürgschaft mit den deutschen Sudetenländern fest. Im Namen des deutschen Volksrates für Böhmen verlas Dr. Titta eine Erklärung, in welcher er betonte, der frühere politische Fehler und die Uneinigkeit der Deutschen trage an der gegenwärtigen Lage der Deutschen in Oesterreich die Schuld. Nur ein enger Zusammenschluß der deutschgesinnten Abgeordneten vermöge Abhilfe zu schaffen; denn mit einem Großblock werde die Regierung immer rechnen müssen. Nur an einem solchen werde sich die Kraft des slavischen Volks brechen. In Böhmen müsse an dem Grundsatz der nationalen Zweiteilung und der Selbstverwaltung entschieden festgehalten werden. Die vornehmste Aufgabe der deutschen Abgeordneten würde es daher sein, in einem geschlossenen einmütigen Auftreten die sofortige Beratung der Sprachenvorlage der Regierung zu erzwingen. Nach einigen weiteren Reden entwickelte sich eine lebhafte Debatte, in der allseits der lebhafte Wunsch nach einem engen Zusammenschluß aller nationalen Kräfte zu einem einheitlichen wirkenden Parteiverbande im Reichsrat ausgesprochen wurde. Bezüglich der Landtagsfrage wurde die Meinung zum Ausdruck gebracht, daß die deutsch-böhmische Bevölkerung keine Opfer scheuen werde, um die nationale Existenz des deutschen Volkes in Böhmen zu sichern und daß zu diesem Zwecke die schärfsten Mittel, wenn nötig auch weiterhin die Obstruktion zur Anwendung gebracht werden müßte. Die Versammlung drückte einmütig ihr vollstes Vertrauen zur Haltung der deutschen Landtagsabgeordneten in Böhmen aus. Nach siebenstündiger Dauer der Verhandlung, der auch der deutsche Landsmannminister Dr. Schreiner beiwohnte, wurde die Versammlung geschlossen. — Der neue ungarische Ministerpräsident Lukacs wurde am Montag von Kaiser Franz Josef empfangen. Lukacs berichtete über seine Bemühungen das Kabinett zu bilden. Der Kaiser bezieht sich die Entscheidung vor und wird Lukacs am Dienstag neuerdings empfangen.

Belgien. Die deutsch-belgisch-englische Konferenz zur Feststellung der Grenzen des Kongogebiets ist bis Februar verschoben worden. Nach der „Magdeb. Ztg.“ liegt es nahe, als Grund der Verschiebung der Kongokonferenz zunächst lediglich den Thronwechsel in Belgien anzusehen.

Frankreich. Ein Teil der Mission, die die Abgrenzung von Dahome und Togo vorgenommen hat, ist nach Bordeaux zurückgekehrt. Wie „Petit Parisien“ meldet, sind die Beziehungen zwischen den französischen und den deutschen Offizieren sehr herzlich gewesen. — In Paris veranstalteten am Sonntag nachmittag Angestellte von Kolonialwarengeschäften eine Kundgebung und versuchten einen Laden dieser Branche zu plündern. Sie wurden von der Polizei auseinandergetrieben; drei Personen wurden verhaftet.

England. Die Proklamation, durch die das Parlament aufgelöst wird, wurde gestern gleich nach der Unterzeichnung durch den König der Kronkanzlei übergeben, die sofort mit der Ausgabe der Parlamentswahlbefehle begann. Ein neuer charakteristischer Zug bei dieser Ausgabe war der Gebrauch von Motorwagen, die die Wahlbefehle den um London gelegenen Bezirken übermittelten. Auf diese Weise wurden 88 Wahlbefehle befördert, der Rest wurde durch die Post versandt. Chamberlain wird, da kein Gegenkandidat aufgestellt ist, als Vertreter des Wahlkreises Westbirmingham als einer der ersten ins Parlament zurückkehren. Die ersten Wahlkämpfe sollen am Sonnabend in 63 Wahlkreisen, wovon 12 zu London gehören, ausgefochten werden.

Spanien. Der Minister der öffentlichen Arbeiten traf am Sonntag bei den Beni Sikar im Rifgebiet ein. Er empfing mehrere Eingeborene, u. a. den Führer der Rebellen Abdel Kader, und ließ sich von ihnen das Gelöbnis der Unterwerfung erneuern. Der Minister erklärte, es sei der Wunsch Spaniens, zum Wohlergehen der Rifleute beizutragen; doch werde es auch jede Feindseligkeit zu bestrafen wissen.

Türkei. Die Pforte übersandte den Schutzmächten Kretas eine Note, in der gegen die Eidesleistung der neuen Regierung in Kreta und gegen den Beschluß der kretischen Kammer über die Anwendung der Gesetze des Königreiches Griechenland auf der Insel protestiert wird. — Der neue Großwesir Hakki Bei ist am Sonntag in Konstantinopel eingetroffen. Er wurde unterwegs auf allen Stationen, sowie auf dem Bahnhof der Hauptstadt festlich empfangen und von der Volksmenge stürmisch begrüßt. Der Sultan empfing ihn nachmittags in Audienz und übertrug ihm die Bildung des Kabinetts. — Zum französisch-türkischen Zwischenfall wird weiter aus Konstantinopel gemeldet: Nach von der Pforte stammenden Informationen verlangte der französische Botschafter aus Anlaß des Zwischenfalls an der tunisch tripolitanischen Grenze eine endgültige Festlegung der Grenze. Die Pforte, welche diese bisher zurückwies, weil sie die Anerkennung der Besetzung von Tunis bedeuten würde, erklärte nunmehr ihre Bereitwilligkeit zu der Grenzregulierung, wenn einige Formfragen erledigt würden.

Deutschland.

Berlin, 11. Jan. Der Kaiser nahm Montag vormittag im Neuen Palais bei Potsdam den Vortrag des Chefs des Zivilkabinetts entgegen. — Die Übersiedlung des Kaiserlichen Hoflagers nach Berlin beginnt mit dem heutigen Tage. Wie im vergangenen Jahre ist jedoch auch diesmal nicht eine Verlegung des Hoflagers für den ganzen Rest des Winters nach Berlin geplant, sondern die Übersiedlung ist nur für die Zeit der Hoffestlichkeiten in Aussicht genommen. Auch die in Potsdam wohnenden königlichen Prinzen werden nur während dieser Zeit ihren Wohnsitz nach Berlin verlegen. — Das Kronprinzenpaar begibt sich nunmehr heute (Dienstag) nachmittag zum Jagdbesuch beim Fürsten Pleß nach Fürstenstein in Schlesien. Am Mittwoch abend erfolgt die Weiterreise nach Oels, wo am 13. d. M. ein Besuch des Dragoner Regiments König Friedrich III. Nr. 8, dessen Chef die Kronprinzessin ist, stattfindet. Für Freitag, den 14. d. M., ist im Oelser Revier eine Fasanenjagd vorgesehen. Am Sonnabend trifft das Kronprinzenpaar wieder in Berlin ein.

— (Für die Reichstags-Ersatzwahl in Eisenach) hat der Bund der Landwirte einstimmig beschlossen, den deutsch-sozialen Kandidaten Hädrich zu unterstützen.

— (Die Antwort des Statthalters von Elsaß-Lothringen) an den Bischof von Straßburg wegen des Konflikts mit der Lehrerschaft ist abgegangen, ihr Inhalt wird jedoch nicht mitgeteilt.

— (Von den Bischöfen in Metz und Straßburg) verlangt die „Kreuzztg.“ in ihrer Wochenübersicht das Bekenntnis, daß sie Unrecht getan haben, als sie den Lehrern den Artikel des „Schulfreund“ übersandten, der den zum Allgemeinen deutschen Lehrerverein übergetretenen katholischen Lehrern vorwirft, sie seien feige, hätten ein unsittliches Band auf sich genommen, alle Würde männlicher Selbständigkeit von sich geworfen, gemein gehandelt und hätten ein Waschlappengesicht. Die „Kreuzztg.“ hält ihren Freunden vom Zentrum vor: Daß zwei katholische Bischöfe einen solchen Artikel von Amtswegen den Lehrern zur „Kenntnisnahme“ vorlegen lassen, setzt sie ohne weiteres ins Unrecht. Da gibt es nichts zu verteidigen und zu beschönigen. Der Protest des Staatssekretärs erscheint also trotz seiner formell nicht ganz einwandfreien Begründung als vollkommen gerechtfertigt, und man muß dringend wünschen, daß ihm jeder Nachdruck verliehen wird, bis die Bischöfe die beleidigende Form ihrer „Warnung“ öffentlich wieder gut machen. Die Staatsbehörden haben darüber zu wachen, daß niemand, der den Gesetzen des Deutschen Reiches untersteht, ihre Beamten in ihrer Ehre kränkt. Dieser Pflicht können sie sich durch keine Rücksicht auf etwaige politische Folgen überhoben glauben. — Wie der „Voss. Ztg.“ aus Straßburg gemeldet wird, plant die Regierung in Elsaß-Lothringen eine Antwort auf die bischöflichen Schreiben, die Montag oder Dienstag ebenfalls der Presse zugehen soll.

— (Mit der Behandlung der Wahlrechtsfrage) auf dem preußischen Parteitage der Sozialdemokratie ist die sozialdemokratische Breslauer „Volkswacht“ recht unzufrieden. Das Blatt, das sich vor allem darüber aufhält, daß man auf dem Parteitag in der Hauptsache weiter nichts zu hören bekam, als das langatmige Referat Ströbels, und daß eine nennenswerte Diskussion überhaupt gar nicht stattfand, schreibt unter anderem: „Nein, diese Art der Behandlung der Sache findet unseren Beifall nicht, und es soll uns freuen, wenn die Befürchtungen, die wir daran knüpfen und die wir vorläufig hier nicht aussprechen, sich nicht bewahrheiten. Vorläufig aber sehen wir den Berliner Verhandlungen weder Aktionslust noch taktische Elastizität entspringen.“ Die Frankfurter „Volksstimme“ schließt sich übrigens der Meinung der Breslauer „Volkswacht“ an.

— (Aus den Kolonien.) Regierungsrat Stuckhardt, Bezirksamtmann auf Jaluit (Marschallinseln), ist, wie man der „Germ.“ unter dem 18. November 1909 aus Jaluit schreibt, an Bord des „Condor“, einen Tag nachdem das Kriegsschiff von Jaluit abgefahren war, um eine Reise nach einigen Atollen zu machen, plötzlich irrsinnig geworden. Mittags 12 Uhr sprang der Regierungsrat vom Achterdeck des Kriegsschiffes ins Wasser, ohne daß der sich dort befindende Offizier vermochte ihn zurückzuhalten. Der Offizier rief: „Mann über Bord“ und sprang dem Regierungsrat nach. Ein Rettungsboot wurde sofort ausgesetzt; nach einigen Minuten gelang es, die beiden Herren ins Boot aufzunehmen. Stuckhardt wurde dem Arzt überantwortet und streng bewacht. Das Kriegsschiff kam sofort nach Jaluit zurück um Kohlen zu nehmen und den Regierungsrat nach Herbertshöhe zu bringen. Er weiß nicht, daß er auf Jaluit ist und nach Neu-Pommern gebracht wird. Über die direkte Ursache der plötzlichen geistigen Umnachtung ist nichts bekannt. Stuckhardt hatte die letzte Zeit viel Unannehmlichkeiten mit den Zollangelegenheiten und dem Prozeß Kabua Litokwa.

Vermischtes.

* (Erfolg eines deutschen Polizeihundes in Rußland.) Aus Graudenz, 7. Jan., wird berichtet: Vor einigen Tagen wurde auf den Inspektor des adligen Gutes Ruff.-Krottingen auf der Landstraße geschossen; er wurde nur in die Schulter getroffen und nicht lebensgefährlich verletzt. Der Besitzer des Guts wandte sich an die hiesige Kriminalpolizei mit der Bitte um einen Polizeihund. Ein Polizeiwachtmeister begab sich darauf mit zwei Hunden nach Memel, wo die deutschen Polizeibeamten und ihre vierfüßigen Helfer von russischen Beamten empfangen und über die Grenze geleitet wurden. Unter dem Schutze von zwei russischen Soldaten begaben sie sich nach dem Gute Ruff.-Krottingen. Am Tatort waren noch Fußspuren zu bemerken, von denen „Lord“ Witterung bekam. Der Hund verfolgte eine Spur 500 Meter weit und stellte schließlich einen Arbeiter. Der Betreffende wurde verhaftet, leugnete jedoch die Tat. Es fanden sich aber Zeugen, durch deren Aussage er so gut wie überführt ist. Ein Waldwärter bekundete, daß der Verhaftete in Frauenkleidung jenseits der Landstraße gestanden und auf den Inspektor geschossen habe. Als Motiv wird Rache angenommen, weil der Verhaftete von dem Inspektor entlassen worden war.

* (Eine neue Verwendungsart des Polizeihundes.) Auf dem Heemskerkschen Gut bei Mirskofen (Niederbayern) waren von einem fremden Hunde zwei zahme Rehe zerfleischt worden, und der Polizeihund „Wanda“ wurde von Regensburg zur Aufspürung des Übeltäters entsandt. Er nahm auch sofort die Spur auf und lief nach einem benachbarten Gute, wo gerade der Besitzer mit seiner großen Dogge spazieren ging. Der Polizeihund stellte beide und hatte auch den richtigen erwischt.

* (König Leopolds Nachlaß.) Nach einer Brüsseler Zeitungsmeldung wird die den drei Töchtern des Königs Leopold zufallende Erbschaft nicht 15 sondern 50 Millionen Frank betragen, weil gewisse Stiftungen als nicht rechtsgültig anerkannt und dem allgemeinen Nachlaß zugefügt wurden. König Albert hat die vom König Leopold letztwillig zugedachte Stelle eines Aufsichtsrates bei der Stiftung für die Stadt Koburg nicht angenommen, weil diese Stiftung, nach sächsischem Gesetz errichtet, für Belgien keine Gültigkeit habe.

* (Ein Denkmal für die bei Hohenfriedberg gefallenen Sachsen und Österreicher.) Für die bei Hohenfriedberg gefallenen Sachsen und Oesterreicher wird unter dem Protektorat des Fürsten Pleß seitens des Vereins ehemaliger Kameraden der königlich sächsischen Armee für Breslau unter Mitwirkung des österreichischen Hilfsvereins „Austria“ ein Denkmal nach Entwurf des Konsuls Wackerow errichtet werden. Die Fundamentierung ist fertiggestellt.

* (Einbringung des gestrandeten Dampfers „Fürst Bismarck“.) Die Hamburg—Amerika-Linie teilt mit, daß der bei Octeville in der Nähe von Havre auf Grund geratene Dampfer „Fürst Bismarck“, nachdem ein Teil der Ladung gelöscht worden ist, abgeschleppt und nach Havre eingebracht wurde, wo der Rest der Ladung gelöscht und der Dampfer untersucht werden soll, ob er die Reise nach Hamburg fortsetzen kann. Das Schiff ist nicht undicht.

* (Eine 18köpfige Falschmünzerbande verhaftet.) Den Behörden in Marseille ist es gelungen, eine Falschmünzerbande festzunehmen, die in den letzten Monaten ganz Südfrankreich mit den verschiedensten Arten Falsifikaten unsicher machten. Es gelang, 18 Mitglieder der Bande in ihrem Schlupfwinkel zu überraschen, wobei zahlreiche Falschstücke, Formen und Material gefunden wurden. Auch beschlagnahmte man eine Bestellung, mit der in Berlin eine Druckpresse für falsches Geld aufgegeben worden war.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319100112-11/fragment/page=0002

Anzeigen.

Für diesen Teil übernimmt die Redaktion der Merseburger gegenüber keine Verantwortung.

Familiennachrichten.

Dank.

Herzlichen Dank allen denen, die den Sarg unseres geliebten Töchterchens so reich mit Blumen schmückten.

Herrmann Ulrich und Frau.

Dank.

Für die vielen Beweise der Liebe und Teilnahme beim Hinscheiden unseres lieben unvergeßlichen Kindes und Enkelkindes

Kurt Schwarze

sagen herzlichen Dank

die trauernden Hinterbliebenen

Danksagung.

Zurückgekehrt vom Grabe unseres lieben Großvaters sagen wir unsern herzlichsten Dank.

Merseburg, den 11. Januar 1910.

Familie Hauck nebst Angehörige.

2. Etage mit Balkon

(4 heizbare Räume, Küche, Speisekammer und Innenklosett) sofort oder später beziehbar **Luisenstraße 16**

Eine Wohnung, 3 St., 2 Kammern, ist zu vermieten und 1. April 1910 zu beziehen **Ober Burgstrasse 8, I.**

Ein besser möbliertes Zimmer

gesucht. Offerten unter **Ch F J** an die Exped. d. Bl.

Bauernhof in Größe von über 50 Mrg **Merseburg** vom Besitzer gesucht. Off. sind unter **Hof** postl. **Eisleben** erbeten.

Ein Bauerngut

mit 30—50 Morgen Feld wird

zu kaufen gesucht.

Kaufe auch eine ältere Person mit ein. Übernahme sofort. Vermittler erbeten **Friedrich Vollhardt,** Selau b. Weißenfels a. S.

Kutschwagen,

gebr. u. neu, Landauer, Halbverdeck, Jagdwagen, Break, Hinterlader, Dogcart empfiehlt

D. Keil Nachf., Halle a. S.

Martinstr. 3/4 (am Leipziger Turm)

Ein Läuferschwein

zu verkaufen **Amtshäuser 3**

Mastrindfleisch

a Pfd. 60 u. 65 Pfg.

empfiehlt

L. Nürnberger.

Mandarinen

5 Stück 10 Pf.

Adler-Drogerie.

Verein für Schweineversicherung zu Merseburg.

Die **Quittungsbücher** sind bis zum 20. d. M. an unsern Kassierer abzuliefern.

Der Vorstand.

Grosser Ausverkauf von Schuhwaren

wegen Geschäfts-Auflösung

zu herabgesetzt billigen Preisen.

Gummischuhe und Filzwaren billigst.

Einen größeren Posten

Ballschuhe, Mädchen- und Kinderschuhe

verkaufe um damit zu räumen, zu jedem annehmbaren Preise.

H. Liebe, Entenplan 4.

Paul Naumann,

gegründet 1897,

Hirtenstrasse 11. **Hirtenstrasse 11.**

Fernsprecher 265.

Ausführung aller Art Fuhren.

Feldpflügen sowie alle in das Fach schlagende Arbeiten

werden prompt besorgt.

Mit dem heutigen Tage beginnt mein

Inventur-Verkauf

und habe ich in demselben

sämtliche Waren ganz bedeutend im Preise ermäßigt.

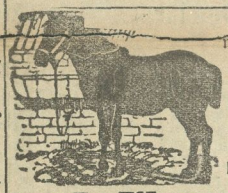
B. Pulvermacher, Kleine Ritterstrasse Nr. 13.

Um mein großes Lager von

Kohlenanzündern

zu räumen, verkaufe dieselben zu allerbilligsten Preisen. Wiederverkäufer erhalten Vorzugspreise

Paul Naumann, Kohlengeschäft.



Von Mittwoch den 12. d. M. ab steht wieder ein großer Transport

dänischer, schwedischer und preussischer Arbeitspferde

bei mir zum Verkauf.

A. Worm, Pferdehandlung,

Inh. **W. Hansen,**

Gartenstrasse 13. **Telephon 284.**

Solide Preise. **Reelle Bedienung.**

In einer Auswahl von 30 Stück stehen

prima dänische u. belgische

Arbeitspferde

sowie elegante holsteiner Wagenpferde

unter kulantesten Bedingungen bei mir zum Verkauf.

Fernsprecher 104. **A. Scheyer, Weißenfels.**

Junge Leute ohne Kinder suchen **Wohnung** (60—65 Tlr.). Zu erfragen **Saalestrasse Nr 8.**

Wohnung, für 1 bis 2 Personen passend, zum 1. Februar oder 1. April zu beziehen **Oelgrube 15.**

Gar. reines Roggenbrot

empfiehlt **Alberts,** Gotthardtstr. 40.

Deutsch-nationaler Handlungsgehilfen-Verband.

Mittwoch den 12. Januar, abends 8½ Uhr,

Lichtbilder-Vortrag

im Vereinslokal „Goldene Kugel" über

Unsere Ferienreise nach England.

Gäste willkommen.

Strand-Schlößchen.

Freitag den 14. Januar, abends 8¼ Uhr,

Abonnements-Konzert

ausgeführt

von der hiesigen Stadtkapelle.

(Dir.: **Fr. Hertel.**)

Billets im Vorverkauf 3 Stück 1 Mk. bei Herrn **Frahnert,** Kl. Ritterstraße. An der Abendkasse a 40 Pfg.

Sommerbillete haben Gültigkeit.

Kretschmers Restauration.

Donnerstag

Schlachtefest.

Morgen Donnerstag

fr. hausschlachtene Wurst.

Friederike Vogel, Rossmarkt 17.

Einen Bäckerlehrling

sucht zu Ostern **Alberts,** Gotthardtstr.

Zu Ostern suche für meine Drogerie

einen Lehrling

mit guten Schulkenntnissen aus besserer Familie. Kost und Logis außer dem Hause.

Wilh. Kieslich Inh. Kurt Atzel, Adler-Drogerie.

Mitglied des Deutschen Drogisten-Verbandes

Ein jüngerer Pferdeknecht

wird gesucht. Zu melden mit Zeugnis **Groß Kayna Nr. 4.**

Nachtwächter,

welcher das Gänsehüten und die Gemeindearbeiten mit übernimmt, sucht sofort oder 1. April

Gemeinde Dörstewitz.

Eine Hülfe sucht weitere Beschäftigung

in der Schneiderei.

Off. u. **A Z** in der Exp. d. Bl. abzugeben.

Jüngere Verkäuferin

sucht baldigst Stellung. Werte Offerten unter **R 450** an die Exped. d. Bl. erbeten.

2 Frauen zum Dreschen

sofort gesucht **Clobigkauer Str. 1.**

Eine Wagenkapsel

zwischen Merseburg und Bündorf verloren. Gegen Belohnung abzugeben bei **Schneider,** Poststraße 8.

Mein alljährlich nur einmal stattfindender

Räumungs-Ausverkauf

dauert fort. In allen Abteilungen sind große Warenposten von nicht mehr vollständigen Sortimenten, ferner Gegenständen, welche beim Dekorieren gelitten haben, sowie der Mode unterworfene Artikel, hauptsächlich

Damen- und Mädchen-Konfektion — Herren- und Knaben-Garderobe

zu ganz bedeutend ermässigten Preisen

zum Verkauf gestellt, die mit Rücksicht auf die neuen Waren-Eingänge

unbedingt geräumt werden müssen.

Otto Dobkowitz, 11 Entenplan 11.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319100112-11/fragment/page=0003

Hotel Wettiner Hof,

Halle a. S., Magdeburgerstrasse.

Meinen werten Freunden, Gästen, Bekannten und geehrtem Publikum zur gefl. Kenntnisnahme, daß ich mit heutigem Tage neben m. Café Wintergarten noch obiges Hotel übernommen und wieder eröffne und die Leitung desselben meinem Bruder,

Herrn Oberkellner Richard Zscheyge übertragen habe.

Es wird mein Bestreben sein, durch Verabreichung guter Getränke und Speisen sowie aufmerksame freundliche Bedienung alle mich Besuchende zufrieden zu stellen.

Indem ich höflichst bitte, mich in meinem neuen Unternehmen gütigst unterstützen zu wollen, zeichne

Hochachtungsvoll

Paul Zscheyge,

früher Oberkellner „Rotes Roß".

„Warm zu empfehlen ist der Gebrauch von **Zucker's Patent-Medizinal-Seife** bei **Rauhigkeit u. Schuppungen der Haut**, bei leichter **Acthyosis**, ganz besonders bei **Unreinheiten** derselben, wenn **Mitesser und deren Folgezustände**,

Pickel,

Knötchen, Pusteln usw., das bekannte, unschöne Gesichtsbild hervorrufen." Das ist das Urteil des Dr. med. W. über **Zucker's Patent-Medizinal-Seife**, à Stck. 50 Pf. (15%ig) und 1,50 Mk. (35%ig, **stärkste Form**). Dazugehörige **Zucker-Creme** 75 Pf. u. 2 Mk., ferner **Zucker-Seife** (mild), 50 Pf. u. 1,50 Mk. Bei **Willy Kieslich** und **Rich. Kupper**.

Für zarte, empfindliche aufgesprungene Haut!

à Stück 25 Pf

Alleinige Fabrikanten: Günther & Hübscher, Chemnitz.

Zu haben bei:
Carl Elkner Ww., **Bernh. Fritsch Nachfl.**, **Th. Funke**, **A. S. Sauerbrey Nfg.**, **Willy Schumann**, **Anton Weisel**, **Hermann Wenzel**, **Reinh. Riehe**, **Gustav Fuß**.

Nachahmungen weise man zurück!

Infolge Aufgabe

der Maschinenhandlung werde ich im Auftrage der Firma Leo Hertzberg, Weissenfels, Spezialfabrik für Hand Strohpress- und Bindeapparate,

Donnerstag den 13., Sonnabend den 15, Montag den 17. Januar, vormittags 9—1 Uhr,

im Ausstellungsgebäude genannter Firma, Dammstr. 1, neben der Pfennigbrücke, folgende landwirtschaftliche Maschinen und Geräte **öffentlich meistbietend verkaufen:**

5 Cultivatoren, 1 Universalpflug, 1 Zweischarpflug, 1 Dreischarpflug, 1 Furchenzieher, 32 Rübenschneider, 1 Kugellager-Handdreschmaschine, 2 Strohseilmaschinen, 2 schmiedeeiserne Kippdämpfer, 2 Trieure, 1 Strohschneider, 1 Handhackpflug, 1 Bügelgöpel, 3 Spaten, 1 Weinbergspritze, 1 Wäschemangel, 1 Austreichmaschine, 2 Buttermaschinen, 1 Centrifuge, 1 Deering-New-Ideal-Selbstbinder, 1 Deering-Grasmäher, 4 Deering-New-Ideal-Getreidemäher, 2 Viktoria-Grasmäher, 1 Massey-Harris-Grasmäher, 4 Pferderechen, **7 Original Melichar-Drillmaschinen**, 2 Heuwender.

Sämtliche Maschinen und Geräte sind erstklassige Fabrikate neuesten Modells und in tadellosem Zustande.

Bei Kauf ist mindestens ¼ der Summe anzuzahlen und sind die gekauften Maschinen und Geräte innerhalb 8 Tagen abzunehmen.

Louis Heber, öffentlicher Auktionator u. vereidigter Taxator.

Damenhemden

mit Lang. u. kurzarm. Passe Stück 1,75 Mk.
B. Wendland, Preußerstraße 10 I.

---

ff. Tafel-Birnen

hat abzugeben
Walther Bergmann,
Groß-Saßer Röthe.

Ueberall erhältlich.

Mehlreiche Speisekartoffeln, ff. Salatkartoffeln, Landbrot, Butter, Eier, Käse, ff. Limburger Käse

empfiehlt

H. Lehmann, Viktualienhandlung,
Dammstraße 4.

Krankenpfleger im Kriege.

Freitag den 14. d. M., abends 8½ Uhr,

Vortrag

des Herrn Stabsarztes **Dr. Noack** über

Infektionskrankheiten

mit Vorführungen mikroskopischer Präparate in der landwirtschaftlichen Winterschule.

Der Vorstand.

Pianos

Ritter

Hof-Pianoforte-Fabrik, Halle a. S.

Flügel

Harmoniums

Grösste Auswahl.

Sicherste Garantie.

Nur anerkannt gediegenes Fabrikat zu mässigen Preis.

Bequeme Zahlungsbedingungen.

JOHANNISBAD Rheuma, Gicht, Ischias, Nerven- und Frauenleiden, Stoffwechsel und Erkältungskrankheiten, Influenza. Gute Heilerfolge durch Moor- russ. ir. röm. Bäder. Heissluft-, Schwitz- u. Kurbäder. Vorzügl. Massage. Bestrahlungen etc. Modern eingerichtet. Sachlich geprüfte Bedienung. Mässige Preise. **MERSEBURG,** Johannisstr. 10.

Verein der Gastwirte von Merseburg u. Umgegend.

Donnerstag den 13. Januar, nachm. 3½ Uhr,

Monats-Versammlung

im Gasthof „Drei Schwäne".

Der Vorstand.

Trebnitz.

Sonntag den 16. Januar

großer Maskenball mit Prämiierung.

Es ladet freundlichst ein
F. Heyer.

Zum alten Dessauer.

Donnerstag **Schlachtefest.**

Preußischer Adler.

Mittwoch Schlachtefest.

Dieters Restauration.

Heute **Schlachtefest.**

Donnerstag **hausschlachtene Wurst.**

C. Tauch.

Donnerstag

frische hausschlacht. Wurst

G. Fischer, Weißenfelser-Str. 12.

Wäsche

zum **Waschen und Glanzplätten** wird angenommen
Dammstraße 15.

Fleischerlehrling

sucht zu Ostern
O. Rost, Neumarkt Nr. 8.

Einen Lehrling

sucht zu Ostern
Otto Götze, Fleischermeister.

Lehrling

sucht Ostern
H. Kundt, Sattlermeister.

Einen Lehrling

sucht unter günstigen Bedingungen
Louis Engelmann, Bäckermeister, **Weissenfels**, Neumdt, Goethestr.

Bäckerlehrling

stellt Ostern ein
Ernst Schurig, Bäckermeister, Brauhausstraße 8.

Junges Mädchen, welches Lust hat

Plätten zu lernen,

kann sich melden Saalstraße 8, part.

Modes.

Junge Mädchen

zum Zuarbeiten sowie zum Erlernen des feineren Putzes können sich melden bei

J. Hagen,
Kleine Ritterstraße 15

Durchaus tüchtige Putzmacherin

als erste Arbeiterin sofort oder später gesucht in angenehme Stellung. Offerten mit Gehaltsansprüchen und Zeugnisabschriften unter **F 400** an die Exped. d. Bl.

Tüchtiges, erfahrenes Dienstmädchen

zum 1. Februar sucht
Frau Regierungsrat Ullmann.

Meldungen nebst Lohnangaben und Zeugnissen an Botenmeister **Wilck**, Merseburg, Hälterstraße 30

Gesundes kräftiges Mädchen

wird bis zum 15. Januar gesucht.
Frau **Kurt Schumann**, Bükendorf.

Eine Aufwartung

für einige Stunden des Tages gesucht
Bismarckstraße 2, 1 Tr. rechts.
Meldungen 12—1 Uhr.

Weiße Tibett-Boa

am Neujahrstage verloren gegangen. Bitte gegen gute Belohnung abzugeben. Wo? sagt die Exped. d. Bl.

Hierzu eine Beilage.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319100112-11/fragment/page=0004

Beilage zum „Merseburger Correspondent".

Nr. 9. Mittwoch den 12. Januar 1910. 36. Jahrg.

Ueber die Ergebnisse der Postkonferenz

die am Freitag und Sonnabend in Berlin stattgefunden hat, macht die „Nordd. Allg. Ztg." Mitteilungen, die folgendes besagen:

Die als erster Punkt der Tagesordnung vorgesehene Mitwirkung des Publikums bei der Ausfüllung von Posteinlieferungsscheinen fand allgemeine Billigung. Es wurde für zweckmäßig und erwünscht erachtet, für die Geldeinzahlungen, sofern sie nicht mittels Posteinlieferungsbuchs oder Einlieferungslisten bewirkt werden, nur die neu hergestellten Formulare von Postanweisungen mit anhängendem Einlieferungsschein zu verwenden und die Ausfüllung des Einlieferungsscheins wie bei den Zahlkarten im Postüberweisungsverkehr dem Publikum zu übertragen. Eine Änderung des Preises der Formulare wird aus diesem Anlaß nicht beabsichtigt. Ebenso wurde es als ein Fortschritt begrüßt, daß in geeigneten Fällen die Ausfertigung von Posteinlieferungsscheinen dem Publikum überlassen werden soll. Es ist beabsichtigt, zu diesem Zweck besondere Posteinlieferungsscheine in Schwarzdruck herzustellen und den Interessenten kostenlos zu überlassen. Die vom Publikum ausgefertigten Posteinlieferungsscheine beider Art sollen einen Abdruck des Tagesstempels erhalten.

Zum zweiten Gegenstande der Tagesordnung wurde es als erwünscht bezeichnet, Absendern von Paketen auf besonderen Wunsch die Möglichkeit der Erlangung einer Einlieferungsbescheinigung zu schaffen. Das von der Postverwaltung hierfür in Aussicht genommene Verfahren und die Erhebung einer Gebühr von 10 Pfennig für jede Bescheinigung, die zutreffendenfalls mehrere zu einer Paketadresse vereinigte Pakete umfassen kann, wurde gebilligt. Die Ausführung dieser Maßnahme ist abhängig von einer Änderung des § 8 des Posttorgesetzes, deren Herbeiführung die Reichspostverwaltung in Aussicht stellte.

Den dritten Beratungsgegenstand bildete die Behandlung der Chiffrebriefe. Es wurde als unerwünscht bezeichnet, die Benutzung von Chiffren auszuschließen oder auf volljährige Personen zu beschränken. Die Einführung von Postlagerkarten zwecks Aushändigung von Chiffrebriefen an bestimmte Personen fand Zustimmung. Postlagerkarten sollen bei jedem Postamte für dort abzuholende Briefsendungen gegen eine Gebühr von 25 Pfennig auf die Dauer eines Monats ausgestellt werden. Der Inhaber erwirbt die Berechtigung zur alleinigen Empfangnahme von Sendungen, die unter der in der Karte angegebenen Adresse, z. B. Postlagerkarte Nr. 42 Berlin W. 8, eingehen. Die Gültigkeit kann auf Wunsch gegen Entrichtung einer weiteren Gebühr um den gleichen Zeitraum verlängert werden. Die Karten werden nicht auf bestimmte Namen ausgestellt, der Antragsteller braucht sich nicht über seine Person auszuweisen. Die Postlagerkarte wird auf der Vorderseite von dem Postamt vollzogen und mit einem Abdruck des Dienststempels versehen, die Gebühr auf der Rückseite in Freimarken verrechnet wie bei den Postausweiskarten.

Eine längere Erörterung entspann sich über Punkt 4 der Tagesordnung, die Erörterung der im Postnachnahmeverkehr hervorgetretenen Mißstände. Die Vertreter waren in der Mehrheit der Ansicht, daß es mit Rücksicht auf den Umfang, den der Postnachnahmeverkehr angenommen hätte, und auf die Schwierigkeiten, die sich in vielen Fällen der sofortigen Einlösung der Nachnahmen durch die Empfänger entgegenstellten, ohne schwere Schädigung berechtigter Interessen weder angängig sei, die Einlösungsfrist abzukürzen, noch die zweite Vorzeigung von der Entrichtung einer Gebühr durch den Empfänger abhängig zu machen. Dagegen bestand allgemeine Geneigtheit, die Arbeitsleistung der Postverwaltung dadurch zu erleichtern, daß für eine Einziehung von Nachnahmen auf Karten und Paketen Formulare obligatorisch eingeführt würden, die aus der Nachnahmekarte beziehungsweise der Paketadresse und einer daran anhängenden Postanweisung bestehen. Die Formulare sollen in hellbrauner Farbe in der Größe der Postanweisung und Paketadresse hergestellt werden; die Postanweisung wäre vom Absender der Nachnahmesendung vor der Auflieferung auszufüllen. Die Formulare sollen bei den Postschaltern zum Preise der einfachen Formulare, also ohne Bezahlung für die angehängte Postanweisung zum Verkauf gestellt werden. Jedoch soll es auch angängig sein, die Formulare einschließlich der Nachnahmepostanweisung im Wege der Privatindustrie herzustellen.

Am zweiten Tage wurde über den Wegfall des Ankunftsstempels verhandelt. Die Vertreter der Post machten geltend, daß durch die Aufhebung des Stempels eine Beschleunigung der Briefabfertigung bis zu 20 Minuten eintrete. Die Postverwaltung habe deshalb nicht weiter gehen können, als den Ankunftsstempel bei Einschreib- und Eilbriefsendungen, die so wie so einer besonderen Behandlung bedürften, wieder einzuführen. In der daran anschließenden Debatte gab ein Teil der geladenen Vertreter ihrem abweichenden Standpunkt Ausdruck und forderten Wiedereinführung des Ankunftsstempels allgemein oder für einzelne Bestellungen oder für kleinere Orte, insbesondere für das flache Land, während andere Vertreter den Schwerpunkt auf die möglichst frühzeitige Aushändigung der Sendungen legten. Die Reichspostverwaltung nahm von den Mitteilungen Kenntnis und behielt sich die Prüfung und Stellungnahme vor.

Zum Schluß wurde noch mitgeteilt, daß vom 15. d. M. ab Fensterbriefe auch nach dem Auslande zugelassen werden.

Deutschland.

— (Die Vermehrung der bäuerlichen Kreistagsabgeordneten) in mehreren Kreisen der Regierungsbezirke Posen und Bromberg hatte bekanntlich der Bund der Landwirte als sein Verdienst in Anspruch genommen. Er hatte insbesondere auf die Erklärungen des Abg. Dr. Roesicke auf dem Ansiedlertag in Gnesen am 17. März, auf Äußerungen des Abg. Dr. Hahn im Abgeordnetenhause am 22. April und auf zwei Eingaben des engeren Vorstandes des Bundes der Landwirte an den Minister hingewiesen. Wie der „Deutsche Bauernbund" dem gegenüber behauptet, bedeute diese Darstellung nichts anderes als eine „völlige Fälschung des Sachverhalts". Die Erklärung Dr. Roesickes auf der Gnesener Tagung sei sehr zurückhaltend und ausweichend gewesen. Major Endell habe sich auf eine Frage hin sogar ausgeschwiegen, obwohl ihm die Wünsche der Ansiedler schon lange vorher bekannt gegeben waren. Ebenso seien die Äußerungen des Abg. Dr. Hahn im Abgeordnetenhause nur leere Worte gewesen, die jedes Inhalts entbehrten. Die Eingabe des Bundes der Landwirte an den Minister sei ein Angstprodukt gewesen, veranlaßt durch die inzwischen erfolgte Gründung des Deutschen Bauernbundes, und die Verfügung sei ein Ergebnis eigener Prüfung der Staatsregierung, veranlaßt lediglich durch die Bauernbewegung. Im Anschluß daran richtet der Deutsche Bauernbund an den Führer des Bundes der Landwirte folgende fitzliche Frage: „Sollte der Bund sich wirklich bessern wollen, wir wären die ersten, die darüber froh sein würden. Bevor wir das aber glauben können, verlangen wir die Beantwortung folgender Fragen: Verwirft der Bund die Restgüter, die er bisher verlangte, tritt er ein für die Beseitigung der Vorrechte des Großgrundbesitzes bei den Wahlen zu dem Kreistage, für die Beteiligung der Bauern nach ihrer Steuerleistung, ist er für geheimes Wahlrecht zum preußischen Landtag? Nur eine völlig klare und rückhaltlose Bejahung dieser Fragen und damit eine Preisgabe der bisherigen Stellungnahme des Bundes kann uns davon überzeugen, daß der Bund auch wirklich geneigt ist, in Zukunft Bauernpolitik auch dann zu treiben, wenn Vorrechte des Großgrundbesitzes dadurch beschnitten werden. Hier hilft kein Mauspitzen, hier muß gepfiffen sein!"

— (Von einem eigenartigen Bureaukratenstücklein) der hessischen Steuerbehörde wird in der sozialdemokratischen Presse berichtet. Danach wurde die Tochter eines Friedberger Arbeiters mit dem durch Schneidern verdienten Einkommen versteuert. Als unheilbare Krankheit sie aufs Lager warf, wurde auf ihre Berufung hin die Steuer für einige Monate erlassen. Die weiteren Raten mußten, weil nichts zu holen war, niedergeschlagen werden. Da das Mädchen am 1. April 1908 noch am Leben war, kam auch prompt der neue Steuerzettel. Selbstverständlich konnte das Mädchen, da es am 24. April starb, keine Steuern für das Jahr 1908 mehr entrichten. Nun sollte man denken, durch den Tod sei alles erledigt. Aber weit gefehlt. Am 1. Dezember 1909 kommt der Pfandmeister zu den Eltern des Mädchens, um die Steuer der Tochter für das ganze Jahr zu pfänden, und da die Mutter das nicht haben möchte, zahlt sie willig die Steuer für sechs Ziele. Auf sodann erhobene Beschwerde kommt die Steuerbehörde mit folgender tiefgründigen Gesetzesauslegung: Die Erben seien zur Fortentrichtung der Steuer verpflichtet. Es könne allerdings Berufung eingelegt werden, dies sei aber zu spät geschehen, die Pfändung sei daher zu Recht erfolgt. Die „Frankf. Ztg." bemerkt hierzu sehr richtig: „Daß dieses rigorose Vorgehen in einem Falle, in dem tatsächlich nichts zu erben war, nicht dem Sinne des Gesetzes entspricht, liegt auf der Hand, und es ist anzunehmen, daß ein nachträglicher Einspruch gegen die Pfändung erfolgreich sein wird."

Volkswirtschaftliches.

)(Die Arbeiter der Zündholzfabrik in Lauenburg haben nach der „Ostsee-Ztg.", dem Organe ihrer Kollegen in anderen Fabriken folgend, an das Reichsschatzamt eine Petition abgesandt, in der angesichts der bedrängten Lage der Zündholzarbeiter eine Unterstützung aus Reichsmitteln erbeten wird.

)(Eine Begrenzung der Luftbarkeitssteuer wird in einem ministeriellen Erlaß befürwortet. Darin wird nach der „Schles. Ztg." angeordnet, daß bei der Einführung neuer und der Änderung bestehender Luftbarkeitssteuerordnungen die zur Zustimmung berufenen Behörden es sich ernstlich angelegen sein lassen sollen, darauf zu achten, daß die kommunalen Luftbarkeitssteuern nicht in einer Höhe bemessen werden, daß sie zu einer Unterdrückung der beteiligten Gewerbebetriebe führen. Es soll auch seitens der Aufsichtsbehörden sorgfältig geprüft werden, ob die Steuersätze der bestehenden Luftbarkeitssteuerordnungen noch für angemessen erachtet werden können. Gegebenen Falles soll auf die Gemeinden eingewirkt werden, daß sie zu einer Änderung der Tarife sich entschließen. Dabei bemerkt der Minister, daß für den Betrieb von Orchestrions, Phonographen, elektrischen Klavieren usw. vielfach Steuersätze gefordert werden, die zu den Anschaffungs-, Verzinsungs- und Amortisationskosten in keinem Verhältnis stehen. In anderen Fällen werde die Darbietung von Klavier- und Gesangsvorträgen so hoch besteuert, daß dem Veranstalter die Möglichkeit ausreichenden Erwerbes ohne weiteres genommen werde.

)(Gegen die französischen Zollerhöhungen auf deutsche Spielwaren, die am 31. März d. J. in Kraft treten sollen, ersucht die Sonneberger Handelskammer das Reichsamt des Innern dringend, Verhandlungen einzuleiten. Ebenso verlangen die Handelskammern Gotha, Hildburghausen und Koburg ein Eingreifen gegen die Vernichtung des deutsch-französischen Spielwarenhandels.

)(Mit der Zwangsenteignung von polnischen Gütern wird sich die Ansiedlungskommission, wie jetzt aus Danzig gemeldet wird, in ihrer nächsten Sitzung am 19. d. M. nicht beschäftigen. Die Ansiedlungskommission, so wird hinzugefügt, sei hierzu gar nicht kompetent, sondern es wäre ein besonderer Beschluß des Staatsministeriums erforderlich. — Das ist nach der „Frk. Ztg." in dieser Form nicht zutreffend. Darüber, ob ein Grundstück enteignet werden soll, treffen erst bei einer eventuellen Beschwerde des Eigentümers gegen den Beschluß der Ansiedlungskommission die Minister der Landwirtschaft, des Innern und der Finanzen eine Entscheidung.

)(Für die Fahrkartensteuer, deren Aufhebung gelegentlich der Reichsfinanzreform von der Regierung geplant war, hat der schwarz-blaue Block bekanntlich keinen Ersatz finden können, sie ist daher beibehalten worden. Die „Zeitung des Vereins deutscher Eisenbahnverwaltungen" bedauert das und meint, man müsse wohl „leider" damit rechnen, daß nicht die Aufhebung, sondern nur die Reform der Fahrkartensteuer im Laufe der nächsten Jahre in Angriff genommen wird. „Alsdann kann es keine überschwere Aufgabe sein, diese Steuer selbst bei höherem Ertrage, als die jetzt aufgebrachten 20 Mill. Mk. so zu gestalten, daß sie, ohne fühlbar zu sein, gleichmäßig und gerecht alle Klassen trifft. Sie wird bei einer solchen Ausbildung und Abstufung so gering ausfallen, daß sie kaum empfunden werden wird. Was übrigens schon jetzt, drei Jahre nach ihrem Bestehen, kaum noch der Fall ist. Nimmt man die Höhe der Einnahme aus dem Personenverkehr der deutschen Eisenbahnen auf rund 800 Millionen Mark an, so würde eine durchschnittlich 3 prozentige Fahrkartensteuer schon 24 Millianen Mark ergeben." — Mit dem Vorschlage, die Fahrkartensteuer auf alle Klassen, also auf die bisher steuerfreievierte, gleichmäßig auszudehnen, ist die „Kreuzztg." durchaus einverstanden. Das kennzeichnet auch wieder unsere Konservativen.

Provinz und Umgegend.

† Naumburg, 11. Jan. Ein Kommunalkonflikt ist hier gleich zu Anfang des neuen Jahres entstanden. Zwischen dem Magistrat und den Stadtverordneten ist es zu Differenzen gekommen wegen der Einführung der neugewählten Stadtverordneten. Bisher, und zwar seit über 50 Jahren, ist diese Einführung stets in öffentlicher Stadtverordnetensitzung bewirkt worden, als ein vom Vorsteher auf die Tagesordnung gesetzter besonderer Verhandlungsgegenstand. Kein Magistrat, kein Magistratsdirigent hat an diesem seit Bestehen der Städteordnung geübten Brauche Anstoß genommen. Jetzt hat der Magistrat durch ein Schreiben an den Vorsteher der Stadtverordneten die Sitzung zur Einführung der neugewählten Stadtverordneten beanstandet und auf den 13. Januar eine neue Sitzung einberufen. Da in der Städteordnung nur vorgeschrieben ist, daß der Magistrat die Einführung der neu- bezw. wiedergewählten Stadtverordneten anzuordnen hat, aber keine Bestimmung enthält, durch wen oder in welcher Form sie erfolgen soll, beschlossen die Stadtverordneten, am bisherigen Brauche festzuhalten und der angesetzten Magistratssitzung zur Einführung der neuen Stadtverordneten fernzubleiben, die Einführung dann aber in der nächsten Stadtverordnetensitzung vorzunehmen.

† Delitzsch, 10. Jan. Die Einwohnerzahl hiesiger Stadt betrug am letzten Jahresschlusse 13408. — Vorgestern kam der 5 jährige Sohn des Gutsbesitzers R. Kohlmann in Hayna mit dem Bein so unglücklich in die Transmissionswelle der Dreschmaschine, daß ihm das Bein aus dem Gelenk gerissen wurde. Er wurde nach Leipzig in die Klinik gebracht.

† Gera, 10. Jan. Eine gefährliche Roheit beging gestern abend der Arbeiter J. Als derselbe heimkam, geriet er mit seiner Ehefrau in Streit und warf die brennende Petroleumlampe auf die Frau. Die Lampe explodierte und sofort stand die ganze Wohnung in Flammen. Durch schnelle Hilfe entging die Frau tödlichen Verletzungen. Auch das Feuer wurde alsbald gelöscht. Der Rohling wurde verhaftet.

† Ilmenau, 11. Jan. Der Gemeinderat von Ilmenau, der aus 14 sozialdemokratischen und sechs bürgerlichen Mitgliedern besteht, wählte in seiner letzten Sitzung den sozialdemokratischen Milchhändler Pulvers zum ersten Vorsteher. Im Armenausschuß nahmen die „Genossen" sämtliche vier Sitze für sich in Anspruch, in den übrigen Ausschüssen bewilligten sie dem Bürgertum zwar einige Vertreter, jedoch immer nur so, daß sie selbst die Majorität haben. — Der „Vorwärts" tat sehr entrüstet, als Herr Singer, der von der zweitstärksten Partei der Berliner Stadtverordneten-Versammlung vorgeschlagene Kandidat, nicht zum stellvertretenden Vorsteher gewählt wurde. Was sagt das sozialdemokratische Zentralorgan hierzu? Vermutlich: „Ja, Bauer, das ist ganz was anderes!"

† Vom Harze, 11. Jan. Über den Brand des Hotels National in Bad Harzburg und die Ver-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319100112-11/fragment/page=0005

haftung des Besitzers des Hotels teilt die „Braunschw. Landeszeitung“ noch folgende näheren Umstände mit: Der verhaftete Hotelbesitzer Buchheister leugnet nach wie vor, an der Brandstiftung irgendwie beteiligt gewesen zu sein. Frau Buchheister ist aus der Untersuchungshaft wieder entlassen worden. Buchheister hat, wie jetzt bekannt geworden ist, den Nachweis erbracht, daß er am Montag, wo er in Harzburg gesehen sein sollte, Langenweddingen, wo er sich besuchsweise aufhielt, nicht verlassen hat. Groß und allgemein ist die Empörung aus Anlaß dieses verbrecherischen Anschlags, dessen grenzenlose Gemeingefährlichkeit erst jetzt bei ruhiger Betrachtung der vorgefundenen Situation so recht zutage tritt. Man fand etwa 15 künstlich hergerichtete Brandherde, die insgesamt mit Explosivstoffen in unmittelbarem Zusammenhange standen und zum Teil auch noch durch Zündschnur untereinander und auch mit einem im Keller stehenden größeren Benzinbehälter, der zum Teil gefüllt war, in Verbindung gebracht waren. Es wird angenommen, daß der Brandstifter es darauf abgesehen hatte, eine Explosion herbeizuführen, um das Hotel auf diesem Wege in die Luft fliegen zu lassen.

† Jena, 10. Jan. Im Kospedaer Grund Nr. 9 wurde gestern nachmittag eine Dame von ihrem eigenen Bernhardinerhund angefallen, und derart in das Gesicht gebissen, daß sie dem Verbluten nahe war. Das Gesicht und die Nase wurden ganz zerfetzt.

† Rohr (Meiningen), 10. Jan. Vergangene Nacht entstand hier ein Schadenfeuer, durch das zwei Scheunen eingeäschert wurden. Ein Polizeihund aus Eisenach stellte als den Brandstifter heute vormittag einen Feuerwehrmann. Der von dem Hunde Bezeichnete wurde verhaftet.

† Sonneberg (Sachsen-Meiningen), 10. Jan. Fünfzigtausend Kubikmeter Erdbefestigung sind am Bahnbau Sonneberg—Effelder eingestürzt. Größere Dammrutsche zwangen zur Unterbrechung der Bahnarbeiten.

† Hildesheim, 11. Jan. Sonntag abend versuchte der Arbeiter Naujak in das katholische Bernwards-Krankenhaus einzudringen, um seine dort untergebrachte Frau zu besuchen. Als ihm von dem Portier des Krankenhauses der Zutritt verweigert wurde, zog er einen Revolver und schoß den Portier durch den Hals. Dann flüchtete er in eine Nebenstraße und brachte sich dort einen Schuß in die Brust bei. Die beiden wurden schwer verletzt in das Bernwards-Krankenhaus gebracht.

† Leipzig, 10. Jan. Vor dem neuen Rathause kam es heute vormittag zu Demonstrationen Arbeitsloser. Der Bürgermeister stellte Schaffung von Arbeitsgelegenheiten in Aussicht. Ausschreitungen komen nicht vor.

Lokalnachrichten.

Merseburg, den 11. Januar 1910.

** Der Beginn der Schonzeit für Birk-, Hasel- und Fasanenhennen wird für den Umfang des Regierungsbezirks Merseburg auf Dienstag den 18. Januar 1910 festgesetzt. — Das Einfangen der Fasanenhennen zum Zwecke der Zucht ist bis zum 12. Februar 1910 einschließlich gestattet.

** Fernsprechverkehr. Auf Grund des § 3 der Fernsprechgebührenordnung vom 20. Dezember 1899 (Reichsgesetzblatt Nr. 51) wird von der Ober-Postdirektion Halle folgendes bekannt gemacht: Für jeden Anschluß an die Fernsprechnetze in Dürrenberg, Merseburg, Schkeuditz und Zeitz beträgt vom 1. April 1910 ab: a) die Pauschgebühr: für Dürrenberg 100 Mark, für Merseburg 140 Mark, für Schkeuditz 120 Mark, für Zeitz 150 Mark; b) wenn an deren Stelle die Grundgebühr und Gesprächsgebühren gezahlt werden: 1. die Grundgebühr 60 Mark, 2. die Gesprächsgebühr 5 Pfg., mindestens 20 Mark jährlich. Die Teilnehmer, welche anstelle der Pauschgebühr die Grundgebühr und Gesprächsgebühr zahlen wollen, müssen dies den für sie zuständigen Postämtern in Dürrenberg, Merseburg, Schkeuditz oder Zeitz bis zum 1. März schriftlich mitteilen, sie erhalten alsdann zum 1. April andere Anschlußnummern. Teilnehmer, deren Jahresgebühren sich hiernach erhöhen würden, können ihre Anschlüsse zum 1. April kündigen. Die Kündigung ist bis zum 1. März schriftlich bei dem zuständigen Postamt in Dürrenberg, Merseburg, Schkeuditz oder Zeitz anzubringen.

△ Am gestrigen Abend wurde im Saale des „Hotels Rülke“ unter Vorsitz des Herrn Sup. Professor Bithorn eine gemeinsame Männerversammlung der hiesigen evangelischen kirchlichen Vereine abgehalten, die leider nur mäßig besucht war. Der Herr Vorsitzende eröffnete dieselbe 8¾ Uhr mit herzlicher Begrüßung der Erschienenen und erteilte sodann Herrn Rektor Irgang das Wort zu seinem Vortrage über „Persönliche Eindrücke von der General-Synode“. (Herr Rektor Irgang gehörte zu den 30 aus der Monarchie vom Landesherrn berufenen Mitgliedern zur vorigen General-Synode.) Der Herr Vortragende wies am Eingange seines Vortrages darauf hin, welch rege Anteilnahme die Verhandlungen des Landtages im ganzen Lande fänden, was man keineswegs von den Verhandlungen der General-Synode sagen könne. Im Gegenteil herrsche bei einem großen Teile unserer Bevölkerung eine erstaunliche Unwissenheit über die Bedeutung und Wirksamkeit der General-Synode. Wie sei diese Interesselosigkeit vieler an den Verhandlungen der General-Synode zu erklären? Einmal schon dadurch, daß der Sinn so vieler mehr an äußeren Dingen hänge als an idealen und geistigen. Daher komme es wohl zunächst, daß aus diesem allgemeinen Gesichtspunkte die Generalsynode nicht so volkstümlich sei als der Landtag. Aber auch noch andere Gründe trügen dazu bei, so die Art der Zusammensetzung der Generalsynode. Ihre Mitglieder gehören zu allermeist den höheren Lebenskreisen an, die mittleren Kreise seien äußerst spärlich vertreten, die unteren garnicht. Sie sei also überwiegend zusammengesetzt aus Elementen, die nach ihrem ganzen Empfinden nicht tief genug in das Volksleben hineinreichen. Es sei Anregung gegeben, künftig den Kreis der berufenen Mitglieder zur Generalsynode noch zu erweitern, sogar an eine Heranziehung von Vertretern aus dem Arbeiterkreise sei gedacht worden. Nicht zu vergessen sei freilich, daß die Generalsynode einen gewissen aristokratischen Charakter haben müsse, nicht etwa in bezug auf Geburt und Herkommen ihrer Mitglieder, sondern auf deren Geist und Bildung. Daher seien zur Arbeit in der Generalsynode die sittlich und geistig am höchsten stehenden im Lande die berufensten Vertreter. Ein weiterer Grund für die fehlende Volkstümlichkeit der General-Synode sei wohl auch darin zu erblicken, daß der geistliche Stand allzusehr in ihr vertreten ist. Von den 200 Mitgliedern der General-Synode seien nur 80 Mitglieder Laien. Dazu komme noch, daß der geistliche Stand fast ausschließlich durch höhere Geistliche vertreten sei. Auch hier sei zu wünschen, daß eine Vermehrung des Laienstandes gegenüber dem geistlichen Stande eintrete. Nachdem der Herr Vortragende sich sodann über die äußerst vornehme und allen billigen Anforderungen vollauf genügende Einrichtung des Tagungsortes der General-Synode (Preußisches Herrenhaus in Berlin), sowie über die bedeutendsten Persönlichkeiten und über die Fraktionen der General-Synode des Näheren verbreitet hatte, kam er weiter auch auf den Umgangston bei den Verhandlungen derselben zu sprechen. Während bezüglich des Umgangstones in den Parlamenten ein gewisser Niedergang zu beklagen sei, bestehe in der General-Synode ein durchaus anständiger Umgangston. Gegen die Darstellung gewisser Kreise, die General-Synode als einen Hort der Reaktion zu bezeichnen, müsse entschieden Widerspruch erhoben werden. Der bei weitem größte Teil ihrer Mitglieder werde von dem Bestreben beherrscht, dem Bedürfnis der Zeit gerecht zu werden. Man verschließe sich den Forderungen der sozialen Fragen nicht. Beweis dafür seien die Verhandlungen über die Feuerbestattungs-Frage, wonach jetzt den Geistlichen die Möglichkeit gegeben sei, sich an den Feuerbestattungen im Amtskleid zu beteiligen, sofern sie nur selbst dazu bereit sind. Ebenso bezüglich der Frage der Festlegung des Osterfestes, wobei die General-Synode ausdrücklich erklärt habe, daß kirchlicherseits keine Bedenken gegen die Festlegung des Osterfestes bestehen. In ähnlicher Weise habe sich die General Synode zur Frauen-Frage gestellt. Man wolle nicht zurückschrauben, sondern habe volles Verständnis für unsere Zeit. Auch über die Grenzen unseres Landes erstrecke sich der Blick der General-Synode (Kolonien, Auswanderer im Auslande). Das wichtigste Gesetz der letzten General Synode sei unzweifelhaft das Kirchengesetz betr. Verfahren bei Beanstandung der Lehre der Geistlichen (über das der Herr Vortragende sich eingehend verbreite:). Dieses Gesetz sei als ein ganz außerordentlich großer Fortschritt gegen früher zu bezeichnen. Zuletzt widerlegte der Herr Vortragende noch einige Vorwürfe, so namentlich den Vorwurf oberflächlicher Arbeit, die der General-Synode in Zeitungsartikeln gemacht worden sind. Dem Herrn Vortragenden wurde am Schlusse seines Vortrages allgemeiner Beifall gezollt und vom Herrn Vorsitzenden der Dank der Versammlung gebührend zum Ausdruck gebracht. Nach kurzer Pause wurde sodann in eine Besprechung des Vortrages eingetreten. Zunächst sprach sich der Herr Vorsitzende über das Gehörte dahin aus, daß das Nichtvolkstümliche der General Synode sich ja auch daran zeige, daß die heutige Versammlung so schwach besucht sei. Nach seiner Überzeugung sei aber nicht nur die General-Synode, sondern auch unser ganzes Kirchenwesen nicht volkstümlich. Auch eine andere Zusammensetzung der General-Synode könne nicht viel Wandel schaffen, so lange die Kirche nicht selbst volkstümlich sei. Darauf sei der meiste Ton zu legen. Unser heutiges evangelisches Kirchenleben neige mehr zum Kirchenschlafe. So lange nicht auch von kirchlicher Seite mit der alten Praxis, über die Schule, den besten Freund der Kirche, zu herrschen, gebrochen werde, müsse eine tiefe Mißstimmung gegen sie in einem großen Teile der Lehrer bestehen. Weiter das Kirchengesetz über die Beanstandung der Lehre der Geistlichen bedeute einen außerordentlich großen und bedeutsamen Fortschritt. Unsere evangelische Kirche sei dadurch evangelischer geworden. An der Besprechung beteiligten sich außerdem noch die Herren Pastoren Delius und Voit und einige andere Herren. Mit einem Appell an die Arbeiterschaft zu noch regerer aktiver Beteiligung an den kirchlichen Wahlen pp., durch die ein Eintreten derselben in die höheren kirchlichen Köperschaften allein ermöglicht werde, schloß der Herr Vorsitzende 11¾ Uhr die bedeutsame Versammlung.

Stadtverordneten-Sitzung.

Merseburg, 10. Januar 1910.

Der Vorsteher Justizrat Baege eröffnet die erste Stadtverordneten-Sitzung im neuen Jahre mit den besten Wünschen für die Stadt und die Stadtverordneten.

Darauf wird die Wahl des Bureaus vorgenommen. Auf Vorschlag des Stadtv. Graul erfolgt die Wiederwahl folgender Herren durch Zuruf:

Stadtv. Baege, Stadtverordneten-Vorsteher,
„ Grempler, stellv. Stadtverordneten-Vorsteher,
„ Eichardt, Schriftführer,
„ Kittler, stellv. Schriftführer.

Die Gewählten nehmen die Wahl an.

Stadtverordneten-Vorsteher Baege machte darauf folgende Mitteilungen:

a) Der Magistrat teilt mit, daß Stadtrat und Stadtältester Kops auf weitere drei Jahre zum Branddirektor und Buchbindermeister Schnurpfeil zu seinem Stellvertreter gewählt worden ist.

b) Von den Hinterbliebenen des verstorbenen früheren Stadtv. Hyne ist ein Dankschreiben eingelaufen.

c) Die städtischen Beamten danken in einem Schreiben der Versammlung für die kürzlich beschlossene Gehaltserhöhung und versichern, daß das bekundete Wohlwollen und die gezollte Anerkennung ihnen ein neuer Ansporn sein wird, ihre volle Arbeitskraft und Arbeitsfreudigkeit in den Dienst der Stadt zu stellen.

d) Das Provinzial-Schulkollegium teilt mit, daß das Zeugnis über den erfolgreichen Besuch der ersten Klasse der hiesigen höheren Mädchenschule ohne weiteres zum Eintritt in die wissenschaftlichen Fortbildungsklassen eines höheren Lehrerinnenseminars berechtigt. Hiermit ist die Anerkennung der Schule als höhere Mädchenschule ausgesprochen.

e) Mehrere Bürger der Kraustraße haben eine Eingabe an den Magistrat gerichtet, in der sich diese über die eigenmächtige Verlegung einer Gaslaterne beschweren und um Anbringung einer neuen Laterne bitten. Stadtrat Blankenburg bemerkt, die Laterne ist auf Beschluß der Gasdeputation verlegt worden. Die Eingabe wird dem Magistrat zur Prüfung überwiesen.

f) In der Prozeßsache Rosch gegen die Stadt hat diese ein günstiges Urteil erzielt. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig.

g) Die Festsetzung der Ersatzwahl für den Stadtv. Weidemann soll erfolgen, sobald die Stadtverordneten über die Gültigkeit der letzten Wahlen einen Beschluß herbeigeführt haben.

h) Die Stadtverordneten sind zu der am Donnerstag den 20. d. M. stattfindenden Einweihungsfeier des vom hiesigen Zimmerstutzen-Verein errichteten „Strandschlößchens“ eingeladen. — Die weitere Tagesordnung wird dar auf wie folgt erledigt.

2. Wahl der Wahlkommission. Diese wird durch Stimmzettel vorgenommen Es werden in diese wichtige Kommission die Stadtv. Frauenheim, Grempler, Graul, Günther und Scholtz wieder- und an Stelle der ausgeschiedenen Stadtv. Hyne und Richter die Stadtv. Teichmann und Krüger neugewählt.

3. Die bisherigen Armenbezirksvorsteher werden einstimmig wiedergewählt.

4. Ausschreibung der Stelle des besoldeten Stadtrats. Anstellungsbedingungen. Berichterstatter Stadtv. Frauenheim. Durch die Wahl des bisherigen Stadtrats Dr. Haacke zum Bürgermeister unserer Stadt ist die Stelle eines besoldeten Stadtrats frei geworden. Diese soll nach einem Beschluß der Wahlkommission öffentlich ausgeschrieben werden. Das Anfangsgehalt beträgt 4000 Mk. steigend von 3 zu 3 Jahren bis zum Höchstgehalt von 5200 Mk. Das pensionsberechtigte Wohnungsgeld ist auf 800 Mk. festgesetzt. Die Bewerber müssen die Befähigung zum Richteramt oder höheren Verwaltungsdienst besitzen oder sich sonst im Gemeindedienst bewährt haben. Die Wahl eines Beigeordneten soll bis zur erfolgten Stadtratswahl ausgesetzt werden. Der Berichterstatter regt hierbei an, sich darüber zu äußern, ob der Wahlkommission die Marschroute bestimmt werden soll, und zwar, ob nur juristisch vorgebildete Bewerber berücksichtigt werden sollen. Die Bedingung „oder sonst im Gemeindedienst bewährte Personen“ könne dann weggelassen und den Bewerbern viel Arbeit erspart werden, obwohl er auch unter diesen außerordentlich tüchtige Beamte gefunden habe. Da Juristen die Stelle doch nur als Sprungbrett benutzen, ist er für die Wahl eines solchen Bewerbers, der dann sicher seßhaft sein werde. Die Stadtv. Vollrath, Stollberg und Grempler stimmen zu, erachten aber eine bestimmte Marschroute hierfür nicht für wünschenswert. Dies soll der Wahlkommission überlassen bleiben. Darauf wird die Vorlage genehmigt.

5. Anstellungsbedingungen für den neuen Rathauskastellan. Berichterstatter Stadtv. Baege. Die Obliegenheiten des Magistratsboten und Rathauskastellans sollen nach einem Beschluß der Stadtverordneten getrennt werden. Die Stelle des Magistratsboten übernimmt der Kastellan Große, während die Kastellansstelle ausgeschrieben werden soll. Das Gehalt wird auf 960 Mk. festgesetzt bei freier Wohnung und Feuerung. Die Anstellung erfolgt auf 3monatliche Kündigung.

6. Beschlußfassung über die Gültigkeit der Stadtverordnetenwahlen. Berichterstatter Stadtv. Scholtz. Die Stadtverordneten hatten am 15. Dez. v. J. beschlossen, darüber Beweis zu erheben, ob 1. Mängel im Wahllokal der 3. Abteilung wirklich vorhanden gewesen bezw. Ordnungswidrigkeiten bei der Wahl vorgekommen sind, die event. eine Wahl ungültig erscheinen lassen, und 2. eine nachträgliche Abänderung der Wählerliste hinsichtlich der Einordnung der Wähler in die Abteilungen und Wahlbezirke nach der Auslegung stattgefunden hat. Zu 1 hat die Beweiserhebung ergeben, daß ein Wähler bei Aus-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319100112-11/fragment/page=0006

übung der Wahl nicht das vorgeschriebene Alter von 24 Jahren hatte und ferner zwei Personen gewählt haben, die nicht preußische Staatsangehörige sind. Da die Majorität nur eine geringe war, würde dies eventl. zur Ungültigkeitserklärung eines Mandats ausreichen. Betreffs der Mängel im Wahllokal ist festgestellt worden, daß solche vorhanden waren. Nach einer oberverwaltungsgerichtlichen Entscheidung sind aber nur ganz erhebliche Mängel geeignet, die Wahl anzufechten. Die hier festgestellten Mängel sind aber zu einer Anfechtung unerheblich bezw. reichten nicht aus. Dagegen sind andere Umstände zu berücksichtigen. In der 3. Abteilung sind nur Mieter gewählt worden, während zwei neue mindestens Hausbesitzer sein müssen. Die zwei Gewählten, die die wenigsten Stimmen erhalten haben, müssen also sowieso ausscheiden. Ferner hat die Beweiserhebung festgestellt, daß die Wahllisten bei der Auslegung nicht nach Abteilungen und Wahlbezirken abgeteilt waren. Es hat nur eine Liste der Bürger ausgelegen, nicht eine Liste nach Abteilungen getrennt. Das Oberverwaltungsgericht hat entschieden, daß solche Wahlen, die dieser grundlegenden Bestimmung zuwiderlaufen, ungültig sind. Der Berichterstatter beantragt daher, sämtliche Wahlen für ungültig zu erklären.

In der Besprechung nimmt zunächst Stadtv. Frauenheim Stellung gegen den Antrag. Alle die hier sitzen, sitzen zu Unrecht hier. Denn stets ist die Listenführung so gehandhabt worden, wie beim letzten Male. Erst jetzt kommt man auf die Dritteilung vor Auslegung der Listen, weil die Sozialdemokraten gesiegt haben. Die Wahl wäre sicherlich nicht angefochten worden, wenn der Sieg den Bürgerlichen zugefallen wäre. Mein Gerechtigkeitsgefühl stemmt sich dagegen, dem Antrage zuzustimmen. Auch das Hausbesitzerprivileg wird zu Unrecht angeführt, denn bereits vor zwei Jahren saß ein Hausbesitzer zu wenig im Kollegium. Stadtv. Grempler erkennt an, daß die Ausführungen des Vorredners wohl richtig sind, aber in diesem Fall muß man mit den Tatsachen rechnen. Die Wahl ist angefochten worden und wir müssen uns an die Vorschriften halten. Ferner ersucht er den Magistrat, bei der Neuwahl für eine Vermehrung der Wahllokale Sorge zu tragen. Auch Stadtv. Teichmann stimmt dem Stadtv. Frauenheim zu. Die Anfechtung ist erfolgt und wir müssen dem Rechnung tragen. In früheren Fällen ist bei den Wahlen niemals Einspruch erhoben worden. Stadtv. Vorsteher Baege bemerkt, daß die Stadtverordneten hier nicht zu Unrecht sitzen. Die Wahlen sind s. Zt. durch Beschluß der Versammlung für gültig erklärt worden worden und haben dadurch Rechtskraft erlangt. Es besteht kein Zweifel, daß diesmal auf Grund der Beweiserhebung sämtliche Wahlen ungültig sind. Die Abstimmung ergibt die Ungültigkeitserklärung der sämtlichen Wahlen. Für die Gültigkeit stimmt nur Stadtv. Frauenheim.

7. Feststellung folgender Haushaltspläne für 1910.

a) Der höheren Mädchenschule. Berichterstatter Stadtv. Grempler. Die Einnahme verzeichnet 28 040 Mark, die Ausgabe 43 500 Mk., so daß ein Zuschuß aus der Kämmereikasse von 15 460 Mk geleistet werden muß (gegen das Vorjahr 4600 Mk. weniger). Die Mehreinnahme wird durch die Erhöhung des Schulgeldes erzielt.

b) Der gehobenen Schule. Berichterstatter Stadtv. Eichardt. Diese Einnahme beträgt 58 500 Mk., die Ausgabe 109 200 Mk., so daß der Zuschuß 50 700 Mk. beträgt, gegen das Vorjahr 2700 Mk. weniger. Auch hier wirkt die Erhöhung des Schulgeldes wesentlich mit.

c) Der Volksschulen. Berichterstatter Stadtv. Teichmann. Die Einnahme schließt mit 45000 Mk. ab, die Ausgabe mit 134 600 Mk., mithin Zuschuß aus der Kämmereikasse 89 600 Mk. Der Zuschuß hat sich gegen das Vorjahr um 5150 Mk. vermehrt.

d) Der katholischen Volksschule Berichterstatter Stadtv. Teichmann. Die Einnahme beträgt 535 Mk., die Ausgabe 3430 Mk., mithin Zuschuß der Kämmereikasse 2895 Mk.

e) Der Witwen- und Waisenkasse der städtischen Beamten und Lehrer. Berichterstatter Stadtv. Eichardt. Die Einnahme beträgt 7282,90 Mk., die Ausgabe 10 189 Mk., mithin Zuschuß aus der Kämmereikasse 2906,10 Mk.

Sämtliche Haushaltspläne werden genehmigt. Hervorzuheben ist, daß auch die Bezüge der Kastellane in den Schulen eine Erhöhung erfahren haben.

8. Anschaffung weiterer Inventarstücke für das Krankenhaus. Anstellung eines zweiten Krankenwärters. Berichterstatter Stadtv. Dr. Witte. Die Anzahl der im Krankenhause aufgenommenen Kranken hat sich ständig vermehrt, so daß über 40 Betten belegt sind. Es muß daher, um den Ansprüchen gerecht zu werden, Vorsorge getroffen werden, die Belegzahl zu erhöhen. Die Krankenhausdeputation schlägt deshalb vor, neun Betten mit Zubehör anzuschaffen, die 1300 Mk. Kosten verursachen, und einen Krankenraum neu auszurüsten, was 900 Mk. kosten würde, also zusammen 2200 Mk. Der Betrag soll aus Anleihemitteln gedeckt werden. Mit Rücksicht auf die ständige Zunahme der Belegzahl hat sich auch die Anstellung eines zweiten Wärters als notwendig herausgestellt, der 360 Mk. Gehalt und freie Wohnung und Verpflegung erhält. Der Magistrat hat diesen Anträgen zugestimmt. Der Berichterstatter empfiehlt Annahme der Vorlage, um in Zukunft vermeiden zu können, daß Kranke abgewiesen werden müssen. Wenn die Fülle weiter anhält, muß auch das Personal vermehrt werden. Jedenfalls ist die starke Inanspruchnahme des Krankenhauses der Beweis dafür, daß es in der Bevölkerung populär geworden ist. Stadtv. Frauenheim gibt seiner Freude über die starke Frequenz des Krankenhauses Ausdruck; dies umsomehr, da das Krankenhaus schon als Schmerzenskind betrachtet worden sei. Er hofft, daß der Zuschuß dadurch ein geringerer werden wird. Stadtrat Barth bemerkt, daß das Krankenhaus tageweise schon mit 50 Kranken belegt war. Alle Nachbarorte, wie Lauchstedt, Schafstädt usw. liefern ihre Kranken jetzt hier ab. Die Vorlage wird genehmigt.

9. Bauarbeiten im Andreasheim. Berichterstatter Stadtv. Beyer. Für Baureparaturen waren 5000 Mk. in Aussicht genommen. Eine Besichtigung hat ergeben, daß aus Sparsamkeitsrücksichten verschiedene Abstriche gemacht werden können. Der Betrag hat sich daher auf 3000 Mk. erniedrigt, der auf keinen Fall überschritten werden soll; die Summe soll aus den Sparkassenüberschüssen entnommen werden. Der Antrag wird angenommen.

10. Verlängerung der Kanalisation in der Blumenthalstraße. Berichterstatter Stadtverordneter Vollrath. Die Eigentümer der Häuser 5 und 7 haben um Anschluß an die städtische Kanalisation ersucht. Die Kosten betragen 700 Mk. Die Stadtverordneten genehmigen die Verlängerung. Hierbei kritisierte der Berichterstatter noch den miserablen Zustand der Straße, die ihrem historischen Namen keine Ehre mache. Die Straße gleiche in ihrer einen Hälfte eher einem Schuttabladeplatz. Er weist darauf hin, daß die Friedhofsgemeinde leider nicht gezwungen werden konnte, Anliegerbeiträge zu zahlen und stellt dann noch die Schaffung von Fußsteigen anheim, da die Straße viel begangen wird.

Hiermit war die Tagesordnung erledigt. Schluß der öffentlichen Sitzung ½8 Uhr.

In der geheimen Sitzung stimmt die Versammlung der Pensionierung der Lehrerin Frl. Roos von der höheren Mädchenschule zu.

Aus dem Merseburger und benachbarten Kreise

§ Dürrenberg, 10. Jan. In der Straßenreinigungssache der Gemeinde Porbitz ist am Donnerstag den 6. d. M. in Charlottenburg vor dem Oberverwaltungsgericht die Entscheidung gefallen. Auf Veranlassung und auf Bericht des Herrn Bergrat Engelcke hatte das Oberbergamt unter dem 30. November 1908 dem Oberverwaltungsgericht eine schriftliche Erklärung abgegeben, der zufolge der Salinenfiskus bis zum Jahre 1904 die Reinigung der Bahnhofstraße nicht besorgt hat und dies nur vom Jahre 1904 bis 1906 unter dem Drucke einer vom Amtsvorsteher erlassenen und 1906 wieder außer Wirksamkeit getretenen Polizeiverordnung getan habe. Demgegenüber haben in der Zeit vom April bis September 1909 neun Zeugen eidlich bekundet, daß von 1856 bis 1904 die Saline die Straße regelmäßig, jedesmal wenn es nötig war, und auch ohne Ausführung von gleichzeitigen Reparaturarbeiten gereinigt hat. Die Reinigungspflicht auf öffentlichen Straßen liegt an sich der politischen Gemeinde als Regel in der Polizeilast ob und sie kann sich davon nur befreien, wenn sie nachweist, daß in dem Vertrag oder observanzmäßig ein anderer diese Pflicht übernommen hat. Leider hat das Oberverwaltungsgericht im vorliegenden Fall nicht angenommen, daß durch die langjährige Ausübung eine Observanz entstanden ist, weil es davon ausgeht, daß die frühere Reinigung nur gelegentlich, wenn es besonders nötig war, erfolgte. Die sogenannte verkehrsmäßige Reinigung liege dem Wegebaupflichtigen ob und sei von einer Unterhaltungspflicht nicht loszulösen, während jetzt nach der im Jahre 1903 etwa erfolgten Pflasterung der Straße eine weitergehende, sogenannte polizeimäßige Reinigung, die auf polizeiliche Veranlassung im allgemeinen Verkehrs- und Gesundheitsinteresse zu bestimmten Terminen regelmäßig erfolgt, notwendig geworden sei. Durch die jahrzehntelange Ausübung der verkehrsmäßigen Reinigung sei eine Verpflichtung der Saline zur polizeimäßigen Reinigung nicht entstanden. Aus diesem Grunde hat der Senat die Gemeinde Porbitz zur Reinigung der Bahnhofstraße für verpflichtet gehalten.

Wetterwarte.

V. W. am 12. Jan.: Zeitweise heiteres, meist wolkiges bis trübes, windiges, früh etwas kälteres, aber sonst fortgesetzt mildes Wetter mit etwas Regen. — 13. Jan.: Mildes, vielfach wolkiges bis trübes, windiges Wetter, zeitweise Regen.

Vermischtes.

* (Zu dem Einsturzunglück in Raibl in Kärnten) werden noch folgende Einzelheiten gemeldet: Der Platz, auf dem das Spital gefunden hat, bildet einen kreisrunden Trichter mit einer Weite von etwa 60 Meter. Der Trichter ist bis auf einige Meter unterhalb des Randes mit Wasser gefüllt. Das von der Festung am Predil zur Hilfeleistung gerufene Militär warf sofort einen Graben auf, um mit Hilfe elektrischer Pumpen das Wasser in den nächsten Bach zu leiten. Wie lange die Ableitungsarbeiten dauern werden, läßt sich noch nicht berechnen, man vermutet, daß das Haus 40 bis 60 Meter eingesunken sein mag und fast ebenso hoch mit Wasser bedeckt ist. Nach Entfernung des Wassers müßten die Seitenwände des Trichters gestützt werden, bevor die Grabungen nach den Verschütteten begonnen werden können. Nach dem Ausspruch der bergtechnischen und bergpolizeilichen Kommission, erscheint jede weitere Gefahr für den Ort ausgeschlossen. Unterhalb des Bergspitals befand sich ein seit Jahrzehnten nicht mehr im Betriebe befindlicher Bleistollen. Durch Sprengarbeiten in der Nähe ist wahrscheinlich das Erdreich derartig erschüttert worden, daß der Einsturz erfolgte. Die 7 Opfer sind nach Ansicht der Sachverständigen zweifellos sofort erstickt.

* (Die eingeklagte Treue.) Berliner Blätter berichten aus Paris. Nach den vielen traglichen Sensationen der letzten Wochen und Monate hat Paris nunmehr eine heitere. Der bekannte Varietéstern, die „schöne Chiquitta", hat ihren reichen Liebhaber auf Zahlung einer halben Million wegen Nichteinhaltung des Eheversprechens und einer Jahresrente von 24000 Frcs. verklagt. Die Künstlerin sagt, sie habe kontraktlich ihrem Galan die Treue gehalten und habe auch kontraktlich niemals durch Staat und Schmuck oder auffallende Kleidung die Aufmerksamkeit anderer Männer auf sich gelenkt. Das Lachen von Paris ob dieser Klage und ihrer Begründung artete geradezu in eine stürmische Heiterkeit aus, als der Anwalt des Beklagten am Sonnabend vor Gericht mitteilte, daß die Art zu prozessieren ein Trick der schönen Chiquitta sei, denn sie habe schon einen ähnlichen Prozeß in Bezieres verloren.

* (Gefälschte Coupons der holländischen Staatsschuld) erhielt in großer Zahl ein Administrationskontor in Amsterdam aus Paris zum Verkauf. Die Coupons sind von A. Lupin gezeichnet, ein Name, der dem Empfänger schon auffallen mußte, weil er mit dem des in einem französischen Bühnenstück verherrlichten Gauners Arsene Lupin gleichlautend ist.

* (Eine Überschwemmung) der Heiligen Stätte in Mekka wurde durch heftige Regengüsse verursacht. Acht Personen sind ertrunken.

* (Eine Malariaepidemie) ist, wie das Amsterdamer „Handelsblad" aus Batavia meldet, auf Privatbesitzungen in der Nähe von Batavia ausgebrochen, der bereits 500 Personen zum Opfer gefallen sind.

* (Folgenschwerer Gerüsteinsturz.) In dem Kölner Vororte Ehrenfeld stürzte Montag nachmittag ein Dachdeckergerüst ein. Ein Dachdeckermeister wurde getötet, ein Lehrling starb auf dem Transport nach dem Krankenhause. Ein Geselle wurde lebensgefährlich verletzt.

Neueste Nachrichten.

Konstantinopel, 11. Jan. Nachdem Mahmud Schefket sich bereit erklärt hat, das Kriegsministerium zu übernehmen, ist das Kabinett wie folgt konstituiert: Inneres Talaat, Finanzen Dschavid, Marine Halil-Pascha, öffentliche Arbeiten Haladschian, geistliche Stiftungen an Stelle Hamada-Paschas der bisherige Senator Haidar-Bei. Besonderes Interesse verdient es, daß der bisherige Fürst von Samos Kopasizis das Ackerbau-Portefeuille übernimmt. Nail behält das Unterrichts-Ministerium bei; der bisherige höchste Geistliche Ägyptens Said wird Scheikh ul Islam. Die Ministerliste wäre bereits gestern veröffentlicht worden, wenn nicht Rifaat-Pascha darauf bestände, als Botschafter nach Rom zu gehen, während Halil Bei noch immer hofft, ihn halten zu können. — Ein späteres Telegramm lautet: Das Kabinett ist in der gemeldeten Form definitiv gebildet worden. Rifaat-Pascha bleibt Minister des Äußern.

*

Zenthen, 11. Jan. (Amtliche Meldung) Gestern abend gegen 8 Uhr entgleisten auf dem hiesigen Bahnhofe von dem einfahrenden Güterzug 9404 zwölf Wagen. Hiervon wurden sieben Wagen zertrümmert, drei stark und zwei leicht beschädigt. Ein Zugschaffner wurde leicht verletzt. Der Materialschaden ist erheblich.

Prag, 11. Jan. Bei Saaz in Böhmen ist gestern nachmittag in einer tiefliegenden Sandgrube infolge Untergrabung die ganze obere Erdschicht abgestürzt, wodurch die in der Sandgrube beschäftigten Arbeiter, deren Zahl bisher noch nicht festgestellt werden konnte, unter den Erdmassen begraben wurden. Nach mehrstündigen Anstrengungen gelang es der Polizei und Feuerwehr, bis zum Abend einen 70 jährigen Arbeiter als Leiche auszugraben. Nach den übrigen Verunglückten wird bei Fackelschein weitergesucht.

Freiburg (Schweiz), 11. Jan. Bei der Rückkehr von einem Aufstieg auf den Moleson in den Voralpen stürzte der aus Berlin stammende Buchdruckergehilfe Franselau ab. Im Spital von Riez erlag er seinen schweren Verletzungen.

Lisburn (Irland), 11. Jan. Im Hause eines Laternenanzünders brach Feuer aus. Mann, Frau und vier Kinder verbrannten.

Berliner Getreide- und Produktenverkehr.

Berlin 10 Januar.

Weizen lok. inl. 225,00—227,00 Mark
Roggen lok. inl. 163,00—165,00 Mark
Hafer fein 173,00—174,00 Mk., do. mittel 166,00 bis 172,00 Mark.
Weizenmehl Nr. 00 drucke 27.75—30.50 Mk
Roggenmehl Nr. 0 und 1 20.30—22.10 Mk.
Gerste inl. leicht 143,00—150,00 Mk., do. schwer frei Wagen und ab Bahn 151,00—162,00 Mk., do. russ. frei Wagen leichte 129,00—174,00 Mark.
Weizenkleie grob netto exkl. Sack ab Mühle 11,50 bis 12,50 Mk., do. fein netto exkl. Sack ab Mühle 11,50 bis 12,50 Mk.
Roggenkleie netto ab Mühle exkl. Sack 11,50 bis 12,10 Mk.

Viehmarkt.

Leipzig, 10. Jan. Bericht über den Schlachtviehmarkt auf dem städtischen Viehhofe zu Leipzig. Auftrieb 724 Rinder und zwar: 206 Ochsen, 39 Kalben, 315 Kühe, 164 Bullen, 338 Kälber, 497 Stück Schafvieh, 2416 Schweine, und zwar: 2416 deutsche, zusammen 3975 Tiere. (Preise à 50 kg in Mark.) Schlachtgewicht: Ochsen, Qual.: I 83, II 77, III 67, IV 56, V —; Kalben und Kühe, Qual.: I 80, II 75, III 65, IV 55, V 45; Bullen, Qual.: I 69, II 64, III 59, IV —, V —; Schweine, Qual.: I 73, II 69, III 65, IV 64, V —; Lebendgewicht: Kälber, Qual.: I 58, II 54, III 46, IV, — V —; Schafe, Qual.: I 41, II 39, III 32, IV —, V —. Verkauft: 980 Rinder, [illegible] 178 Kälber, 85 Kalben 288 Kühe, 152 Bullen, 338 Kälber, 497 Schafe, 2297 Schweine. Geschäftsgang: Ochsen, Kalben, Kühe, Bullen, und Schafe mitte mäßig, Kälber und Schweine gut.

Reklameteil.

Ein lustiges Leben sehen die Berge

wenn die Hänge unter Schnee vergraben liegen. Rodeln, Ski — Einzelfahrt und Wettsport — es ist eine Lust. Nur daß die Hälfte aller Sportbeflissenen die Lust mit einem Katarrh bezahlen müssen. Sie können sich aber helfen, wenn sie sich daran gewöhnen, immer eine Fays ächte Sodener Mineral-Pastille im Munde zergehen zu lassen. Das schützt die empfindlichen Schleimhäute gegen Affektionen, die Pastillen sind überdies angenehm, sie wirken erfrischend, und ein verständiger Sportmann kann ohne sie gar nicht sein. Sodener kauft man in allen einschlägigen Geschäften für 85 Pfg. die Schachtel.

Beschwerden

von **Postabonnenten** über mangelhafte Zustellung des „Merseburger Correspondenten" erbitten wir an das zuständige **Postamt** oder an den **Briefträger**, solche von **Abonnenten**, die den „Correspondent" durch die **Austräger** oder **Boten** erhalten, **unmittelbar an den Verlag des „Merseburger Correspondenten"**.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319100112-11/fragment/page=0007

Oeffentliche Zustellung.

Der Kaufmann **Sarony Sonnenfeld** in Nordhausen — Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt Dr. Frohnhausen daselbst — klagt gegen den Oberkellner **P. Herrmann** — früher in Merseburg, jetzt unbekannten Aufenthalts — auf Grund der Behauptung, daß Beklagter dem Schuhhändler August Kretzschmann in Frankenhausen für Schuhwaren 23 Mark schulde und daß ihm dieser Betrag abgetreten sei mit dem Antrage, den Beklagten zur Zahlung von 23 Mark nebst 4 Prozent Zinsen seit dem 1. Januar 1909 zu verurteilen. Der Kläger ladet den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor das Königliche Amtsgericht in Merseburg auf

den 22. Februar 1910, vormittags 9 Uhr.

Zum Zwecke der öffentlichen Zustellung wird dieser Auszug der Klage bekannt gemacht.

Merseburg, den 4. Januar 1910.
Dietze, Aktuar,
Gerichtsschreiber des Königl. Amtsgerichts.

In dem vom Kreise erworbenen Hausgrundstück **Kl. Ritterstr. 17** ist der Laden nebst 4 angrenzenden Wohnräumen, event. auch mit der Wohnung in der 1. Etage, zu vermieten und 1. Juli 1910 zu beziehen.

Merseburg, den 7. Januar 1910.
Der Königliche Landrat.
Graf d'Haußonville.

Holz-Auktion.

Donnerstag den 13. Januar vormittags 11 Uhr sollen im Ritterguts-Holze zu Bündorf

zirka 50 Haufen Buschholz
" 30 Stück Rüstern } auf dem
" 30 " Birken } Stamm
" 5 " Eschen
" 5 " Akazien

unter den im Termin bekannt zu machenden Bedingungen an Ort und Stelle meistbietend verkauft werden.

Beginn mit Buschholz.

Eine kleine Wohnung, Preis 30 Taler, zu vermieten und 1. April zu beziehen
Friedrichstraße 12.

Eine Wohnung, Preis 200 Mk., zu vermieten und 1. April beziehbar. Näh.
Annenstraße 21 part.

Hallesche Strasse 78,

1. Etage. Wohnung für 265 Mk. mit Garten zum 1. April zu beziehen. Näh.
Meuschauer Straße 5.

Freundliche Wohnung, 1 Stube, 2 Kammern, Küche und Zubehör, an einzelne Leute zu vermieten und 1. April beziehbar (Preis 60 Taler) **Breite Straße 3**

Wohnung, Gotthardtstraße 36,

1. Etage, sofort zu vermieten und 1. April zu beziehen Näheres daselbst im Laden.

Kleine Wohnung an ruhige Leute zu vermieten
Saalstrasse 8.

Zu sogl. oder 1. April Wohnung, 2 Stuben, 3 Kammern, Küche und Zubehör, für 350 Mark zu vermieten. Zu erfragen **Stadt-Apotheke.**

Kleine Wohnung, Preis 32 Taler, für einzelne Leute passend, zum 1. April zu beziehen. Zu erfragen in der Exped. d. Blattes.

Theater
„Weisse Wand"
Merseburg.

Täglich Vorstellungen.

Programm.

1. **Die Bürgschaft.** Klass. Drama nach dem gleichnamigen Gedicht von Friedr. v. Schiller.
2. **Große Wäsche.** Hochkomische Burleske.
3. **Die Ringkämpfer.** Hochinteressante Varietenummer.
4. **Die beiden Ausreißer.** Urkomische Posse.
5. **Der Weg des Kreuzes.** Ein Drama aus dem alten Rom.
6. **Drei Bräute f. e. Bräutigam.** Köstliche Humoreske.
7. **Das malerische Tiflis.** Herrlich kolorierte Naturaufnahme.
8. **Othellos Tod.** Tonbild.

Parterre-Wohnung, bestehend aus 3 Stuben, Kammer, Küche und allem Zubehör, zu vermieten, sofort oder 1. April zu beziehen
Gartenstraße 3.

---

2 möblierte Zimmer,

auch einzeln, auf Wunsch mit Pension, sind gleich oder später zu vermieten.
A. Willitz, Gartenstraße 5 I.

6000 Mark

zur 2. Hypothek auf Hausgrundstück gesucht Offerten unter „**6000**" an die Exped. d. Bl.

Kanonen-Ofen u. versch. Meter Rohr

dazu billig zu verkaufen
Weißenfelser Straße 6, Souterrain.

Ein Läuferschwein

zu verkaufen **Hälterstr. 11.**

---

2 Läuferschweine

zu verkaufen **Meuschau Nr. 13.**

Ein Paar Läuferschweine

zu verkaufen **Hälterstraße 15**

Gartenlaube

zu kaufen gesucht. Offerten unter **S 17** an die Exped. d. Bl.

---

ff. Thüringer Pflaumenmus,
a Pfd. 24 Pf.,
empfiehlt **A. Böhme,** Kl. Ritterstr.

Empfehle
Gänseleberwurst, Leberpastete sowie feinen Aufschnitt und Kassler Rippespeer.
K. Kellermann, Fleischermeister.

Sächsischer Hof, Weißenfels, am Markt,

Inhaber: **Ernst Temler,**

altbekanntes Hotel und Restaurant im Zentrum der Stadt, 5 Minuten vom Bahnhof, **empfiehlt: ff. Ottlersche und echt bayr. Biere, vorzügl. Weine erster Häuser Erstklassige Küche von früh 7—12 Uhr nachts. Gute Betten, große Stallung und Auto-Schuppen.**

Pilo

Pilo ist der Name derjenigen Schuhcrême, mit der Sie im Moment den brillantesten Glanz erzeugen.

Künstliche Zähne, Plomben etc.
Umarbeitung schlechtsitzender Gebisse.
Zahnziehen fast schmerzlos. — Mässige Preise.
Willy Muder, Merseburg, Markt 19.
Gegenüber dem Ratskeller.
Inh. **Hubert Totzke.**

Mitgeteilt von der **Mitteldeutschen Privat-Bank A.-G.**

Berliner Kursbericht.

Zweigniederlassung Merseburg.
8. Januar 1910.

Deutsche Fonds.

	Zinsf.	Kurs
Reichssch.-Anw. fg. 1. 4. 12	4	100,60 B
do. do. 1. 7. 12	4	100,50 G
Deutsche Reichs-Anl.	4	102,50 bzG
do. do.	3½	94,30 bzG
do. do.	3	85,25 bzG
Dtsch. Schutzgeb.-Anl.	4	101,40 bzG
Preuß. Staats-Anl.	4	101,50 bzB
do. do.	3½	94,30 bzG
do. do.	3	85,20 bzG
do. Schatzanw. fg. 1. 7. 12	4	100,60 bz
do. do. 1. 4. 13	4	100,70 bz
Badische St.-A. unkündb. 09	4	102,— B
do. Eisenb.-Anl. cv.	3½	—,—
do. v. 1902, 04 u. 07	3½	—,—
Bayer. Staats-Anl.	4	101,90 bzB
do. do.	3½	93,75 bzG
Braunschw. 20 R Lose	Stck.	227,25 bzG
Bremer Anl. von 1908	4	101,75 bzB
do. von 1905	3½	93,50 bz
Hamb. v. 08 unkündb. b. 18	4	101,70 G
do. St.-A. v. 87, 91, 93, 99	3½	—,—
Hessische St.-Anl. v. 1908	4	101,60 G
Lübecker St.-Anl. v. 1906	4	101,10 G
do. v. 1899	3½	—,—
Mein. 7 fl. Lose	Stck.	39,80 bzB
Rheinpr. A. 20, 21, 31, 32	4	101,30 G
3-7, 10, 12-17, 24-27, 29	3½	92,60 G
Sächs. Staats-Rente	3	85,— G
Weimar. Land-Cr.-K.	4	100,50 G
do. do.	3½	92,50 G
Westf. Prov. IV, V unkb. 15/16	4	101,40 G
do. IV R. 8-10 unk. b. 15	3½	92,10 G
Rheinprovinz-Anleihe	3,6	95,75 G
Stadt-Anleihen.		
Aachen v. 1908, XI	4	—,—
do. von 1893	3½	—,—
Berlin von 1904 Ser. II	4	102,10 bz
Charlottenburg von 1908 I	4	101,90 G
Erfurt von 93, 01 I und II	4	—,—
Halle von 1900 I, II	4	100,75 G
do. von 1905 I	4	100,75 G
do. von 1886, 92, 1900	3½	—,—
Köln von 1906	4	100,80 G
do.	3½	93,10 G
Magdeb. 75, 80, 86, 91, 02 I	3½	95,80 B
do. von 1902, II und III	4	—,—
Merseburg von 1901	4	—,—
Mülheim a. Rh. von 99, 06	4	100,30 bzG
do. do. 99, 04 I	3½	92,— G
München v. 1897, 99, 03 u. 04	3½	93,20 G
do. von 1908 unkündb. 19	4	102,25 G
Nürnberg von 1907/08	4	—,—
Offenbach a. M. von 1900	4	100,25 G
do. von 1907 I. Ser.	4	100,25 G
do. von 1902, 05	3½	92,10 G
Weimar von 1888	3½	92,90 G
Worms von 01 u. 06 L. W.	4	100,75 G
do. cv. 1892, 94, 1903, 05	3½	92,25 G
Pfandbriefe.		
Kur- und Neumärk. neue	3½	94,25 G
do. Kom.-O.	4	101,10 G
do. do.	3½	92,80 G
Landsch. Centr.	4	—,—
Sächsische alte	4	102,— G
do. neue	4	100,50 bz
do.	3½	92,50 bz
do. landsch.	3	84,50 bzG

Pfandbriefe und Obligationen.

	Zinsf.	Kurs.
Berliner Hypoth.-Bk. abg.	4	98,— bzG
do. I unkündbar b. 1916	3¾	93,50 G
D. Hyp.-B.-Pf. XVII un. 1912	4½	102,50 bzB
do. XV und XVI bis 1917	4	100,20 bzG
do. VIII und IX	3½	91,25 G
do. Kom.-Obl. II unkb. 17	4	101,30 G
Hmb. Hyp.-S. 541-580 b. 1918	4	101,— bzG
do. S. 311-350 bis 1913	3½	91,50 G
Mecklb.-Strl. Hyp.-Bk. abg.	2.4	—,—
do. Zsrck. 2. 1. 03 bz	2.1	—,—
Mein. Hp.-Pf. XIII unk. 1918	4	100,50 G
do. X bis 1913	3½	93,— G
Mitteld. Bod.-Cr. VI b. 1915	4	100,60 G
do.	3½	93,— G
Nordd. Gr.-Cr XVI unk. 1917	4	100,50 G
do. XIV unkündb. bis 1912	3¾	94,— G
do. XIII unkündb. bis 1912	3½	92,50 G

	Zinsf.	Kurs.
PrBod.-Cred. XXV b. 1918	4	100,70 bzG
do. XXIII bis 1915	3¾	94,10 G
do. conv. XI, XV, XVI	3½	91,50 bzG
Pr. Cr.-B.-Pf. 1907 unk. 1917	4	100,60 G
do. von 1904 unkündb. 1913	3½	92,— G
do. Kom.-Ob. 1908 unk. b. 17	4	101,50 bzG
Pr. Hyp.-Akt.-B. 1907 unk. 17	4	99,90 G
do. Kom.-Ob. v. 08 unk. b. 18	4	100,90 G
Pr. Pfdb.-B. XXVIII b. 1917	4	100,30 G
Pr. Pfdb.-B. XXVI bis 1914	3¾	94,30 bzG
do. XXIV bis 1912	3½	92,10 G
do. Komm. VI bis 1917	4	101,— G
do. do. V bis 1917	3½	94,50 G
Schwarzb. H.-B. VI bis 1912	4	100,— G
do. I bis 1906	3½	93,— G

Ausländische Fonds.

	Zinsf.	Kurs.
Argentinien v. 97	4	91,60 bzG
Chilenische Anl. von 1908	4½	92,30 bzG
Chines. E.-A. von 1908	5	102,40 bzB
do. von 1898	4½	99,75 bzG
Griechisch 5% 1881	1.60	49,25 G
do. Mon.-A. 4%	1.75	47,80 bzB
Japan. Anleihe II	4½	97,70 bzG
do. von 1905	4	91,25 bz
Italien. Rente konv.	3¾	—,—
Mex. konf. von 1899	5	102,50 bz
Österr. konv. Rente	4	95,20 G
do. Silberr.	4⅕	99,40 G
do. Goldr.	4	100,10 bz
Rumän. von 1903	5	102,40 B
do. von 1890	4	95,50 bz
do. von 1905	4	90,25 bz
Ruff. v. 1905 unk. bis 1917	4½	99,60 bzG
do. v. 1902 unk. bis 1915	4	91,25 bzG
Sao Paulo Eis. Grd.	5	100,— bzG
Türken-Lose o. Cpb.	Stck.	182,— bz
Ung. Gold.-R.	4	95,90 B
do. Kr.-R.	4	—,—
Siamesische Staats-Anl.	4½	96,50 bzG
Ausländ. Stadt.-Anl.		
Bukarest von 98	4½	98,75 bz
Buenos Aires von 88	4½	—,—
do. von 91	6	103,40 bz

Eisenbahn-Stamm-Prior.-Aktien.

	I. Div.	
Baltimore and Ohio	6	118,— G
Canad. Pacific	7	181,70 bz
Österreichische Südbahn	0	23,90 bzB

Ausländ. Eisenb.-Prior.-Obligationen.

	Zinsf.	Kurs.
Italien. Eisenbahn	2.4	72,90 G
do. Mittelmeerb. (Gold)	4	—,—
Kursk-Kiew (gar.)	4	91,— bz
Macedonische (gar.)	3	67,10 G
Moskau-Wind.-Ryb.	4	88,20 G
Rjäs.-Uralsk von 1898 (g)	4	88,10 bz
Rybinsk (gar.)	4	88,— G
Wladikawkas (g)	4	88,60 G

Bank-Aktien.

	I. Div.	Kurs
Berliner Handels-Gesellsch.	9	183,75 bzB
Deutsche Bank	12	250,— bzB
Diskonto-Gesellschaft	9	197,60 bz
Dresdner Bank	7½	164,75 bz
Mitteldeutsche Privat-Bank	7	126,— bzG
Reichs-Bank	7,77	150,90 bz
Schaffh. Bankverein	7	149,— bzG

Aktien v. industriellen u. Bergwerks-Ges.

	I. Div.	Kurs
Allgem. Elektrizitäts-Ges.	12	261,— bz
Ammendorfer Papierf.	12	245,25 ebG
Anhalter Kohlenwerke	4	142,10 bzG
Chemische Fabrik Buckau	12	205,— bzG
Dortm. Un.-B.-A.-C. abg.	2	95,90 bzG
do. Vorz.-Akt. D.	5	100,— bzG
Giesel, Cement	9	132,50 ebG
Hallesche Maschinenf.	26	409,75 bz
Hamb.-Amerik. Packetfahrt	0	135,— B
Harpener Bergbau	8	215,50 bz
Körbisdorfer Zucker-Fabrik	10	169,75 bz
Laurahütte	4	201,90 bz
Norddeutscher Lloyd	0	103,30 bzG
Oberschl. Eisenb.-Bed.	1½	116,10 bz
Oppelner Portl.-Cement	10	146,50 G
Orenstein & Koppel	15	243,75 bzG
Phönix Bergw.-A.	9	222,20 bz
Riebecker Montanwerke	12	203,10 bzG
Sächs.-Thüring. Braunkohle	5	102,— bzB
Schönebeck. Metallf.	0	76,— bzG
Siemens & Halske	11	245,— bz

Mitteldeutsche Privat-Bank

Aktien-Gesellschaft
Zweigniederlassung Merseburg.

Annahme von Depositengeldern zur Verzinsung,
An- und Verkauf von Wertpapieren, ausländischen Geldsorten,
Einlösung von Coupons und Dividendenscheinen,
Ausstellung von Schecks und Kreditbriefen,
Diskontieren und Einziehen von Wechseln und Schecks,
Beleihung börsengängiger Wertpapiere und deren Versicherung gegen Kursverlust im Falle der Auslosung,
Aufbewahrung und Verwaltung von Wertpapieren,
Beschaffung und Unterbringung von Hypothekengeldern,
Annahme von Paketen, Kisten u. dergl. als verschlossene Depots unter gesetzmässiger Haftung der Bank.
Vermietung von Schrankfächern in Feuer- und diebessicherer Tresoranlage.

Verantwortliche Redaktion, Druck und Verlag von Th. Rößner, Merseburg.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319100112-11/fragment/page=0008

Telegramm-Adresse: Correspondent Merseburg. Fernsprecher Nr. 324.

Merseburger Correspondent.

Schriftleitung und Geschäftsstelle Oelgrube 9.

Bezugspreis vierteljährl. 1 Mk., monatl. 35 Pf. bei Abholung von unsern Ausgabestellen; bei Zustellung ins Haus durch unsere Austräger in der Stadt und auf dem Lande außerdem Botenlohn; durch die Post 1,20 Mk. außer 42 Pf. Bestellgeld. — Das Blatt erscheint wöchentlich 6 mal und an den Werktagen nachmittags. — Nachdruck unserer Originalmeldungen ist nur mit deutlicher Quellenangabe gestattet. — Für Rückgabe unverlangter Einsendungen übernehmen wir keine Verbindlichkeit.

Wöchentliche Gratisbeilagen: 8seitig. illustr. Unterhaltungsblatt m. neuest. Romanen und Novellen. 4seit. landwirtsch. u. Handelsbeil. mit neuesten Marktnotierungen.

Anzeigenpreis für die einsp. Petitzeile oder deren Raum für Merseburg und nähere Umgebung 10 Pf., kleinste Anzeigen 25 Pf., auswärtige pro Zeile 20 Pf., im Reklameteil 30 Pf. Bei kompliziertem Satz entsprechender Aufschlag. Gebühr für Extrabeilagen nach Übereinkunft. Für Nachweisungen und Offertenannahme besondere Berechnung, nach auswärts mit Portozuschlag. Erfüllungsort Merseburg. Annahmezeit für größere Geschäfts-Anzeigen nur am Tage vorher, kleinere Anzeigen bis spätestens 9 Uhr, Familienanzeigen bis 10 Uhr vormittags.

№ 9. Mittwoch den 12. Januar 1910. 36. Jahrg.

Zur Landtags-Eröffnung.

Wassergesetz, Fischereigesetz, Wohnungsgesetz, Fideikommißgesetz, Leichenverbrennungsgesetz — diese und manche anderen schönen Dinge, die dem kommenden Landtage in mehr oder minder sichere Aussicht gestellt waren, werden ihm anscheinend nicht zugehen; sie sind für den Augenblick versunken und vergessen. Aber es trauert ihnen auch kein Mensch nach. Denn für den Augenblick richten sich alle Blicke, konzentrieren sich alle Interessen auf die Vorlage, die der Landtag unter allen Umständen erhalten wird — die Vorlage wegen der Wahlrechtsreform. Die Wahlrechtsfrage ist die Losung des Tages und wird sie noch auf lange hinaus bleiben. Sie drückt alle anderen Probleme in den Hintergrund, steht im Mittelpunkt der gesamten inneren Politik auch der des Reiches, und zieht mit elementarer Gewalt die Blicke und die Geister auf sich.

In der Tat: Mit elementarer Gewalt. Es gibt nichts Törichteres als die Annahme, daß es lediglich am Fürsten Bülow und seinem rein taktischen Vorgehen gelegen habe, wenn jetzt der große Kampf um das preußische Wahlrecht entbrannt sei. Hier handelt es sich vielmehr um eine jener geschichtlichen Erscheinungen, die weit außerhalb und oberhalb jener Taktik liegen und ihre Quellen in tiefer liegenden Vorgängen in der Seele des Volkes haben. Eine Frage schlummert jahre- und jahrzehntelang, läßt sich auch durch theoretische Erörterungen, Anregungen und Anträge nicht in Fluß bringen, bis dann ihre Zeit gekommen ist und sie unwiderstehlich nach der Lösung drängt. Daß die Wahlrechtsfrage von dieser Art ist, daß sie nicht mehr zur Ruhe gelangen wird, bevor eine Lösung gefunden ist, und daß deshalb von ihrer Lösung der Friede unseres Volkes und die ruhige Fortentwicklung unseres Staates abhängt — das ist eine Empfindung, die allmählich wohl allenthalben geteilt wird. Daraus ergibt sich aber die erneute Mahnung an alle, die bei dem Werke beteiligt sind, sich nicht mit kleinen und kleinlichen Maßnahmen zu begnügen, sondern ganze Arbeit zu machen. Das Problem der Neugestaltung des preußischen Wahlrechts erheischt, wie auch die nationalliberalen Blätter hervorheben, eine gründliche entschiedene und klare Lösung; jeder Versuch, sich um eine solche herumzudrücken und sich mit dekorativen Maßnahmen, der Ausmerzung von bloßen Schönheitsfehlern und anderen Schwächlichkeiten abzufinden, müßte nicht nur scheitern, sondern die bedenklichsten Folgen für die Gesamtheit unserer politischen Verhältnisse nach sich ziehen. Es wäre sehr wünschenswert, wenn bereits die Staatsregierung bei der Einbringung [illegible] n wollte. [illegible] n Inhalt [illegible] chten, die [illegible] Anspruch [illegible] an noch [illegible] nhaus in [illegible] n Gesetz- [illegible] en solchen [illegible] n anderen [illegible] del, eine [illegible] cht über- [illegible] höchstens [illegible] en stoßen. [illegible] i der Er- [illegible] et werden [illegible] daß wir [illegible] Mark zu [illegible] hlossenen [illegible] n können. [illegible] leich dem [illegible] n? Oder [illegible] zu einer [illegible] Steuer [illegible] de Maß- [illegible] urz oder [illegible] er Gold- [illegible] zu einem gründlichen Vorgehen sich entschließen. Die Neuaufstellung des Eisenbahnetats, die in der letzten Session durch eine Resolution der Regierung nahegelegt und von ihr akzeptiert worden ist, wird wohl bereits bei diesem Etat in Anwendung gebracht werden; aber sie kann nur Klarheit, nicht Geld schaffen. So steht also auch Preußen vor der Frage einer Finanzreform. Ob außerdem noch das lange vorbereitete Parzellierungsgesetz in dieser oder jener Form — auf die Ostmarken beschränkt oder für die Monarchie umgearbeitet — die Landboten beschäftigen wird, steht noch dahin. An reicher und bedeutsamer Arbeit aber wird es ihm jedenfalls nicht fehlen.

Tafts Sonderbotschaft an den nordamerikanischen Kongreß

ist nunmehr auch herausgekommen. Der Inhalt bietet denjenigen eine große Enttäuschung, die von Taft eine energische Fortsetzung der Rooseveltschen Antitrustpolitik erwartet hatten. Namentlich die Eisenbahnkönige, gegen die Taft angeblich einen vernichtenden Schlag planen sollte, haben allen Grund, mit der Botschaft zufrieden zu sein. Die Sonderbotschaft des Präsidenten Taft an den Kongreß empfiehlt die Schaffung eines Handelsgerichtshofes für die Vereinigten Staaten (United States Court of Commerce) zur Behandlung aller Eisenbahnstreitsachen, die sich aus Verfügungen der zwischenstaatlichen Handelskommission ergeben. Taft erklärt, die Notwendigkeit eines solchen Gerichtshofes sei durch die Jahresberichte der zwischenstaatlichen Handelskommission erwiesen, in denen festgestellt wird, daß die Wirksamkeit des zwischenstaatlichen Handelsgesetzes durch die Verzögerungen beeinträchtigt wird, welche mit der gegenwärtigen Methode der Eisenbahnen, an irgend ein Bundeskreisgericht zu appellieren, verbunden sind. Der in Aussicht genommene Gerichtshof soll aus fünf hierzu ernannten Richtern der Bundeskreisgerichte bestehen, gegen seine Entscheidungen soll nur noch der Oberste Gerichtshof der Vereinigten Staaten angerufen werden können. In der Botschaft wird ferner der Ansicht Ausdruck gegeben, daß gegen Tarifabmachungen zwischen den Eisenbahnen nichts einzuwenden sei. Präsident Taft schlägt ferner vor, der zwischenstaatlichen Handelskommission die Befugnis zu geben, Klagen gegen eine unbillige Klassifizierung der zu befördernden Waren einzubringen, die Tarife festzusetzen, sobald die Klage eingebracht ist, und die betreffenden unbilligen Klassifizierungen wieder gut zu machen. Die Kommission soll weiter das Recht erhalten, aufzuschieben, zu verändern und ungültig zu erklären solche Veränderungen der Tarife oder anderweitiger Transportbestimmungen, welche den Reedern eine ungebührliche Belastung auferlegen. Die Kommission soll ferner den zwischenstaatlichen Eisenbahnen verbieten, Aktien von Konkurrenzbahnen zu erwerben, und neue Aktien oder Bonds auszugeben, außer mit Genehmigung der zwischenstaatlichen Handelskommission. Überdies dürfen Aktien nicht unter pari und Bonds nicht unter dem mittleren Marktwerte ausgegeben werden. Ein schwerer Nachteil würde sich infolge des plötzlichen Umsturzes der gegenwärtigen Lage ergeben, wonach die Eisenbahnen durch den Besitz der Aktien von Konkurrenzlinien über diese die Kontrolle ausüben, und zwar nicht allein für die betroffenen Korporationen, sondern auch für die große, die Aktien besitzende Öffentlichkeit. Um diesem Nachteil vorzubeugen, empfiehlt Taft zum Schutz der Minorität der Aktienbesitzer, daß das Verbot des Erwerbs von Aktien oder der Verpachtung von Grundeigentum an konkurrierende Linien verbunden werden soll mit der Bestimmung, daß das genannte Verbot nicht die Wirksamkeit haben soll, irgend eine Korporation, welche zur Zeit des Erlasses eines solchen Gesetzes nicht weniger als die Hälfte des ganzen ausgegebenen und des ausstehenden Aktienkapitals irgend einer anderen Eisenbahn besitzt, daran zu hindern, das Ganze oder den Rest der Aktien zu erwerben. Ferner sollen Eisenbahnen, welche bei Inkrafttreten des Gesetzes die Bahn irgend einer anderen Gesellschaft auf Grund eines auf mindestens 25 Jahre abgeschlossenen Pachtvertrages betreiben, nicht durch das Gesetz behindert werden, das Eigentum an der verpachteten Bahn, wenn sie die Antwartschaft darauf besitzen, zu erwerben.

Die Botschaft empfiehlt ferner eine Ausdehnung der Haftpflicht der Unternehmer, um Schadenersatzprozesse geschädigter Angestellter zu erleichtern. In bezug auf das Antitrustgesetz erwägt die Botschaft eine gerichtliche Untersuchung der Geschichte, der Organisation und der Zwecke solcher Industriegesellschaften, die im Verdacht stehen, das Antitrustgesetz zu verletzen. Da es aber das zu der gegenwärtig günstigen Lage gehegte Vertrauen stören würde, wenn viele Unschuldige für die Fehler der wenigen Schuldigen leiden, schlägt Taft eine Federa Charter vor, wonach die kommerziellen Vereinigungen in die Lage gesetzt werden, aus eigenem Antrieb den Charakter ihrer Organisationen zu ändern und ihr Geschäft dem Rahmen des Gesetzes anzupassen. Das Gesetz selbst soll Vorsorge treffen gegen bloß nominelle Erhöhungen des Aktienkapitals und soll von den Korporationen vollständige periodische Berichte über ihre Operationen fordern. Diesen Korporationen soll es auch verboten werden, Aktien anderer Korporationen zu besitzen, von Ausnahmen abgesehen, die aus besonderen Gründen durch eine eigene Bundesbehörde gebilligt sein müssen.

Von der Botschaft bis zum Zustandekommen eines Gesetzes im Kongreß ist auch noch ein weiter Weg. Wahrlich, die Trusts können mit ihrem Taft zufrieden sein, der tut ihnen nichts.

Die Wahlrechtsvorlage der Regierung

wird nach der „Tägl. Rundsch." in der Thronrede zur Eröffnung des preußischen Landtags in ihren wesentlichsten Bestandteilen skizziert werden. Die Zugeständnisse seien mit der Einführung der direkten Wahl und einer bedingten Verbindung von Dreiklassen- und Pluralwahlsystem im wesentlichen erschöpft. Nach dem Wunsche des preußischen Ministerpräsidenten wird die Einbringung der Vorlage selbst so weit beschleunigt werden, daß sie noch in den ersten vier Wochen der neuen Session an den Landtag gelangt.

*

Über die preußische Wahlreformvorlage äußert sich das Organ des Verbandes der Windthorstbunde folgendermaßen:

„Das Zentrum wird an annehmbaren Verbesserungen des geltenden Wahlrechts mitarbeiten. Mit ziemlicher Bestimmtheit kann aber vorausgesagt werden, daß es für die jetzt angekündigte Vorlage nicht zu haben sein wird. Was die Vorlage bringen dürfte, nämlich das Pluralwahlrecht, hat die Zentrumspartei stets ... abgelehnt. Eine wirkliche Verbesserung wäre die Einführung der geheimen oder der direkten Wahl gewesen; sie hätte sich trotz der Beibehaltung des Klassensystems erwägen lassen. Kann man aber vom Zentrum erwarten, daß es an der Umwandlung des veralteten Klassensystems in ein ganz unerwünschtes Pluralwahlsystem mitwirkt, ohne daß seine Reformforderungen irgendwie berücksichtigt werden?"

Über die Haltung des Zentrums betreffs einer Neueinteilung der Wahlkreise schreibt das Organ der Windthorstbunde nichts; wahrscheinlich, weil sich die Vertreter des Zentrums im Abgeordnetenhause schon wiederholt mit aller Deutlichkeit gegen eine Neueinteilung ausgesprochen haben.

Zur Einigung der Liberalen.

Der weitere Ausschuß der Deutschen Volkspartei beriet am Sonnabend in Stuttgart unter dem Vorsitz des Abgeordneten Heimburger in

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319100112-11/fragment/page=0009
DFG